

Schweizerische Volkspartei (SVP)



Jahresbericht

2019

INHALTSVERZEICHNIS

Inhaltsverzeichnis	2
Vorwort	3
1. Erfolgsbilanz	4
1.2 Das Jahr 2019 im Rückblick	4
2. Vorstösse aus der SVP-Fraktion	51
2.1 Positionspapiere der SVP	51
2.2 Vernehmlassungsantworten der SVP	51
2.3 Communiqués, Newsletter, Parteizeitung, Medienkonferenzen, Extrablätter	55
2.4 Internet	56
3. PARTEIORGANE	57
3.1 Delegiertenversammlung	57
3.2 Parteivorstand	58
3.3 Parteileitung	62
3.4 Parteileitungsausschuss	63
3.5 Generalsekretariat	63
3.6 Fraktion der Bundesversammlung	64
4. Eidgenössische Volksabstimmungen 2019	66
5. Eidgenössische Wahlen 2019	67
5. Die SVP in den Kantonsparlamenten	68
6. Die SVP-Kantonalsektionen online	69

VORWORT

Das vergangene Jahr stand ganz im Zeichen der Eidgenössischen Wahlen, an welchen wir leider Federn lassen mussten. Im Jahre 2015 war die SVP klare Wahlsiegerin und konnte mit einer konsequenten Ausländer- und Zuwanderungspolitik punkten. Am 14. Februar 2014 gewannen wir die Masseneinwanderungsinitiative, die aber vom Parlament nicht umgesetzt worden ist. Die SVP gewann in den Wahlen 2015 insgesamt 11 Nationalratssitze. Die SVP Fraktion umfasste 65 Nationalräte (plus 2 Lega und 1 MCR) und hielt die 5 Ständeräte (plus Thomas Minder, parteilos). Und letztes Jahr verlor die SVP 12 Sitze im Nationalrat und hat neu nur noch 53 Sitze. Im Ständerat konnten wir einen Sitz dazugewinnen. Beim Wähleranteil verlieren wir deren 3.8% und haben neu noch 25.6% und verbleiben somit weiterhin die absolut wählerstärkste Partei.

Die SVP ist mit folgendem Ziel zu den Nationalratswahlen 2019 angetreten:

- Für die Schweiz will die SVP die mit Abstand stärkste Partei bleiben und die Wahlen gewinnen. Nur mit einem Ausbau des Wähleranteils kann die SVP ihre politischen klaren Ziele zur Stärkung des Wohlstands, der Freiheit und Sicherheit der Schweizerinnen und Schweizer erreichen.
- Die hohe Anzahl Nationalräte (65) solle mindestens gehalten werden. Im Ständerat will die SVP mind. einen Sitz dazugewinnen. Die Anzahl Ständeräte ist mittelfristig zu erhöhen.
- Listenverbindungen sollen angestrebt werden. Sie führen zu einer Maximierung der Wählerkraft und zu mehr Sitzen im Mitte-Rechts-Block.

Wir haben unsere Ziele, mit Ausnahme eines zusätzlichen Sitzes im Ständerat, bei weitem nicht erreicht. Die SVP hat der grünen globalen Welle mit täglicher Medienberichterstattung, Hitzesommer 2018 und unzähligen Strassenaktionen inkl. Frauenstreiktag zu spät energisch und fakten-basierend entgegengehalten.

Abstimmungs- und Wahlkämpfe werden in Zukunft auch auf den sozialen Medien noch stärkere Beachtung erfahren. Hier wollen wir den Organisationsgrad und die Reaktionsfähigkeit verstärken. Zudem ist es wesentlich, dass wir kantonalen Themen gemeinsam mit den Kantonalparteien die entsprechende Bedeutung zumessen. In diesem Sinne wünsche ich allen Mitgliedern und Sympathisanten der SVP Schweiz auch für das neue Jahr viel Kraft und Ausdauer in ihrem Einsatz für unsere schöne, freie und unabhängige Schweiz!



Emanuel Waeber
Generalsekretär

1. ERFOLGSBILANZ

1.2 Das Jahr 2019 im Rückblick

JANUAR

4. und 5. Januar: Die Parteikader der SVP Schweiz versammeln sich zu ihrer traditionellen Kadertagung in Horn (TG)

Am ersten Wochenende im Januar fand wiederum die traditionelle Kadertagung der SVP in Bad Horn am Bodensee statt, dieses Jahr unter dem Motto «Islam – EU – Wahlen 2019». Wie dieses bereits andeutet, standen unter anderem die Muslime in der Schweiz, das Verhältnis unseres Landes zur EU und natürlich die Eidgenössischen Wahlen 2019 im Zentrum.

Während Shams Ul Hak, Leiter der Abteilung Internationale Beziehungen des Deutschen Presseverbandes, ein Referat zur Radikalisierung von Muslimen in der Schweiz hielt, sprach Prof. Dr. Marc Bühlmann vom Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern über den Formstand der Parteien und wagte eine Prognose für ihre Erfolgsaussichten bei den Wahlen 2019.

Darüber hinaus hat der Parteileitungsausschuss an seiner Sitzung im Rahmen der Bad-Horn-Tagung beschlossen, eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Nationalrat Adrian Amstutz einzusetzen. Diese hat den Auftrag bis Ende April konkrete Massnahmen zur Umsetzung einer Mittelverlagerung von der Entwicklungs- und Asylhilfe von mindestens 1 Mrd. Franken pro Jahr in die AHV vorzuschlagen. Dies soll dazu beitragen die AHV-Renten ohne Erhöhung der Steuern und Abgaben zu sichern.

Neues Parteiprogramm der SVP: Frei und sicher für unsere Schweiz

Auszug aus der Medienkonferenz vom 10. Januar 2019



V.l.n.r.: Nationalrat Peter Keller (NW), Parteipräsident Albert Rösti (BE), Vizeparteipräsidentin Céline Amaudruz (GE) und Fraktionspräsident Thomas Aeschi (ZG) stellen das neue Parteiprogramm vor.

Freiheit und Sicherheit haben unsere Heimat, die Schweiz, vorangebracht. Die SVP setzt sich weiterhin zuverlässig für diese Werte ein. Deshalb sind Freiheit, Sicherheit und Heimat auch im Parteiprogramm für die Legislatur 2019–2023 zentral. Insbesondere, weil die nach wie vor ungebremste Zuwanderung diese gefährdet. Die SVP stellte am 10. Januar 2019 an einer Medienkonferenz in Bern die rund 260 Ziele, Forderungen und Bekenntnisse in den für die Schweiz wichtigsten 23 Themengebieten vor, welche die Grundlage der SVP-Politik der kommenden vier Jahre bilden.

Unwürdiges Schauspiel bestätigt Vorbehalte der SVP

Auszug aus der Medienmitteilung vom 15. Januar 2019

Mit dem öffentlichen Hearing zum institutionellen Rahmenabkommen (InstA) mit der EU, wollte die Aussenpolitische Kommission des Nationalrats (APK-N) erhellen, welche konkreten Folgen das Abkommen für die Schweiz hätte. Der Anlass war jedoch eine Farce: Die Debatte wurde im Keim erstickt, Aussenminister Ignazio Cassis war nicht eingeladen und die Mehrheit der sechs anwesenden Experten steht dem InstA unkritisch gegenüber.

Mehr Sicherheit – die SVP fordert härtere Strafen

Auszug aus der Medienkonferenz vom 17. Januar 2019

Die Schweiz muss für ihre Bürgerinnen und Bürger sicherer werden. Die Justiz darf Verbrecher und Gewalttäter nicht länger mit Samthandschuhen anfassen. Anlässlich einer Medienorientierung fordert die SVP im Rahmen der anstehenden Strafrahmenharmonisierung und Anpassung des Nebenstrafrechts Verschärfungen.



V.l.n.r.: Nationalrat Pirmin Schwander (SZ), Fraktionspräsident Thomas Aeschi (ZG) und Nationalrätin Andrea Geissbühler (BE).

So ist der «Strafrabatt» für Wiederholungstäter aufzuheben, die Höchstdauer von Freiheitsstrafen von heute 20 auf 60 Jahre anzuheben sowie Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte härter zu bestrafen. Zudem fordert die SVP die Einführung von Mindeststrafen bei Kinder-Pornographie oder Pädophilie.

AP22+ und Zersiedelungsinitiative gehen in die falsche Richtung Auszug aus der Medienkonferenz vom 22. Januar 2019



*«Nur wirklich qualifizierte Einwanderer nützen unserer Landwirtschaft»
V.l.n.r.: Nationalrat Pierre-André Page (FR),
Nationalrat Marcel Dettling (SZ), Parteipräsident
Albert Röstli und Nationalrat Werner Salzmann (BE)
bei der Medienkonferenz.*

An einer Medienkonferenz in Bern hat die SVP zur Agrarpolitik 22+ (AP22+) und zur Zersiedelungsinitiative Stellung bezogen sowie ihr aktualisiertes Positionspapier zur Landwirtschaft vorgestellt. Darin betont sie insbesondere den Verfassungsauftrag der Stärkung der inländischen Produktion und damit verbunden die Existenzsicherung für die Bauernfamilien in der Schweiz. Diese müssen endlich wieder vom in der Landwirtschaft erzielten Einkommen leben können.

Klares Ja der SVP-Delegierten zum neuen Parteiprogramm Delegiertenversammlung vom 26. Januar 2019 in Gossau (SG)



*An der Delegiertenversammlung in Gossau (SG)
sagten die Delegierten Ja zum neuen Parteiprogramm
der SVP und Nein zur Zersiedelungsinitiative.*

Insgesamt 540 SVP-Delegierte und Gäste haben sich in Gossau (SG) zur ersten Parteiversammlung 2019 der SVP Schweiz getroffen. Während das neue Parteiprogramm „frei und sicher für unsere Schweiz“ einstimmig verabschiedet wurde, hat die Delegiertenversammlung klar die Nein-Parole für die Eidgenössische Abstimmung vom 10. Februar gefasst: Mit 277 gegen 12 Stimmen bei einer Enthaltung lehnen die Delegierten die gefährliche und schädliche Zersiedelungsinitiative ab.

Economiesuisse setzt die Grundwerte der Schweiz aufs Spiel Auszug aus der Medienmitteilung vom 31. Januar 2019

Die SVP ist konsterniert über die Zustimmung von Economiesuisse zum Institutionellen Abkommen (Insta) mit der EU, welche der Wirtschaftsdachverband an seiner Jahrespressekonferenz bekanntgegeben hat. Offenbar ist der Wirtschaftsdachverband für kurzfristige Gewinnaussichten bereit, die Seele der Schweiz zu verkaufen.

Zwar sieht man inzwischen auch bei Economiesuisse ein, dass das Insta in verschiedenen Bereichen für die Schweiz problematisch ist und fordert in diesen Punkten Klärung. Unverständlicherweise bezieht sich diese Kritik aber nicht auf die Hauptprobleme wie die automatische Rechtsübernahme, diese hat die Economiesuisse offenbar akzeptiert.

Für die SVP ist deshalb klar: Economiesuisse schwächt die Verhandlungsposition des Bundesrates und setzt die Grundwerte und damit langfristig die Freiheit, Sicherheit und den Wohlstand der Schweiz aufs Spiel.

Auch 15'000 Gesuche von Wirtschaftsmigranten sind zu viel!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 5. Februar 2019

Mit der kürzlich publizierten Asylstatistik will der Bund einmal mehr den Anschein erwecken, die Asylproblematik habe sich entschärft. Die SVP widerspricht entschieden: Auch 15'255 Asylgesuche sind viel zu viele. Dies zumal es sich in der Mehrheit der Fälle nicht um Flüchtlinge handelt. Wie das Staatssekretariat für Migration in der Jahresstatistik 2018 vermeldet, kamen letztes Jahr insgesamt 15'255 Asylbewerber in die Schweiz. Dies seien 15,7 Prozent weniger als im Vorjahr. Das mag zwar korrekt sein. Tatsache ist aber, dass der Bestand an Personen im Asylbereich stetig steigt. Inzwischen leben über 123'000 Personen in der Schweiz – das sind 1977 mehr als 2017. Zudem: Die Zahl der vorläufig Aufgenommenen hat sich seit 2010, dem Jahr von Bundesrätin Simonetta Sommaruga Amtsantritt, auf rund 46'000 Personen verdoppelt.



Eidgenössische Abstimmung vom 10. Februar 2019

Volksinitiative «Zersiedelung stoppen - für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung (Zersiedelungsinitiative)»

Die SVP ist erfreut darüber, dass die Stimmbevölkerung die Zersiedelungsinitiative abgelehnt hat. Die Vorlage war zu extrem und hätte die Probleme nicht gelöst. Die Zersiedelung lässt sich nur mit weniger Zuwanderung effektiv stoppen.

Einer der wichtigsten Gründe für das klare Nein dürfte auch die Erkenntnis sein, dass die Initiative nur eine Scheinlösung war, die das Problem der Zersiedelung nicht gelöst hätte. Das einzige griffige und effektive Instrument dagegen ist die eigenständige Steuerung der Zuwanderung, wie sie die Begrenzungsinitiative der SVP fordert. Ein massvolles, für Mensch und Umwelt verkraftbares Wachstum ist nur möglich, wenn die Schweiz selber bestimmt, wie viele Migranten hier arbeiten und leben dürfen.

Bilaterale Verträge auf Augenhöhe sind möglich

Auszug aus der Medienmitteilung vom 11. Februar 2019

Die SVP begrüsst, das heute von Wirtschaftsminister Guy Parmelin und dem britischen Handelsminister Liam Fox unterzeichnete Handelsabkommen. Dieses ist ein wichtiger Schritt für die Beibehaltung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich nach dem Brexit.

Besonders erfreulich ist, dass das heute unterzeichnete Abkommen die gegenseitigen Interessen in allen Bereichen wahrt und gleichzeitig ohne automatische Rechtsübernahme, Guillotineklauseln und andere Erpressungsversuche auskommt. Dies zeigt vor allem eines deutlich: Der Abschluss von bilateralen Verträgen auf Augenhöhe ist möglich – wenn beide Seiten konstruktiv mitarbeiten.

Bundesrat pfeift auf die Neutralität und hält an der Kandidatur für den UNO-Sicherheitsrat fest

Auszug aus der Medienmitteilung vom 15. Februar 2019

In einer Motion fordert die SVP vom Bundesrat, auf eine Kandidatur der Schweiz für den UNO-Sicherheitsrat zu verzichten. Dass der Bundesrat den Vorstoss abgelehnt hat, ist skandalös, zumal ein Sitz im Sicherheitsrat nicht vereinbar ist mit der Schweizer Neutralität. Die Schweiz muss an Stelle des Beitritts viel mehr auch in Zukunft auf die „Guten Dienste“ setzen. Das kann sie nur glaubwürdig tun, wenn sie neutral bleibt.

SVP-Fraktion will Mittelstand entlasten

Auszug aus der Medienmitteilung vom 22. Februar 2019

Die SVP-Fraktion hat sich heute über Mittag mit Unternehmern getroffen und sich abends gemeinsam mit den Bundesräten Maurer und Parmelin den Fragen und Anliegen der Bevölkerung gestellt. Die SVP will den unter Steuern und Gebühren ächzenden Mittelstand entlasten und fordert die Explosion der Krankenkassenprämien mit höheren Pauschalabzügen bei der direkten Bundessteuer auszugleichen.



*Die Bundeshausfraktion der SVP
am «SVP bi de Lüt» in Willisau (LU).*

SVP will Familien entlasten

Auszug aus der Medienmitteilung vom 23. Februar 2019

Der Nationalrat wird in der Frühjahressession die Änderung des Gesetzes über die direkte Bundessteuer beraten. Darin sieht der Bundesrat bei der Bundessteuer neu pro Kind und Jahr Abzüge von maximal 25'000 Franken vor. Dies allerdings nur für Eltern, die ihre Kinder extern betreuen lassen. Die SVP lehnt diese Ungleichbehandlung ab. Zumal Eltern, die ihre Kinder selber betreuen bereits im aktuellen Steuer-Regime benachteiligt sind. Deshalb hat sich die SVP-Fraktion an ihrer Sitzung klar

dafür ausgesprochen, dass die steuerliche Berücksichtigung der Kinderbetreuungskosten im gleichen Masse auch für Eltern gelten soll, die ihre Kinder selbst betreuen.



Im Anschluss an die Fraktionssitzung nahmen die Fraktionsmitglieder zusammen mit 30 Jasserinnen und Jassern am SVP-Jasscup in Willisau (LU) teil.

MÄRZ

Wahlauftakt der SVP Schweiz: «Frei und sicher – ich will's, ich wähl's»
Auszug aus der Medienmitteilung vom 1. März 2019

Keine andere Partei setzt sich so zuverlässig und konsequent für die Freiheit, die Sicherheit, den Erhalt der Arbeitsplätze und des Wohlstandes und für den Mittelstand ein wie die SVP. Deshalb will die SVP am 20. Oktober die Wahlen für die Schweiz gewinnen und mit mindestens 29,4 Prozent Wähleranteil die mit Abstand stärkste Kraft bleiben. Um ihre Ziele für die Schweiz zu erreichen, will die SVP die Zahl von heute 65 Nationalratssitzen mindestens halten und die Zahl ihrer Sitze im Ständerat um mindestens einen auf neu sechs erhöhen.



Parteipräsident Albert Rösti (BE) mit dem SVP-Wahlmaskottchen am Wahlauftakt in Aarwangen (BE).

Das institutionelle Abkommen zerstört die Schweiz

Auszug aus der Medienmitteilung vom 5. März 2019

Das vorliegende institutionelle Abkommen (InstA) zwischen der Schweiz und der EU lehnt die SVP entschieden ab. Es verstösst gegen alles, was die Schweiz ausmacht – die bewährte direkte Demokratie, den Föderalismus, die Unabhängigkeit und die Neutralität. Mittels einer Motion fordert die SVP-Fraktion den Bundesrat auf, ein Revitalisierungsprogramm zu verabschieden mit dem Ziel, die staatlichen Rahmenbedingungen zu optimieren, die Regulierungskosten zu senken, die Standortattraktivität zu verbessern und die Arbeitsplätze zu erhalten. Insbesondere ist das Gewicht auf eine Reduktion der bürokratischen und regulatorischen Belastung der Unternehmen sowie auf eine Diversifizierung der Absatzmärkte mittels Intensivierung der handelspolitischen Aktivitäten zu legen. Zudem soll eine Entlastung der privaten Haushalte den Inlandkonsum ankurbeln.



Frühjahrssession 2019 (4. März 2019 - 22. März 2019)



POSITIV

Terroristen müssen ausgewiesen werden

Steter Tropfen höhlt den Stein. Was die SVP schon lange fordert, setzt sich nun endlich in breiteren Kreisen des Parlamentes durch: Der Schutz der Schweizer Bevölkerung hat absolute Priorität. Der Ständerat hat eine entsprechende Motion von Nationalrat Regazzi (TI) gutgeheissen. Diese fordert, dass die Schweiz Dschihadisten, die wegen Taten im Zusammenhang mit dem Islamischen Staat (IS) verurteilt worden sind, auch dann in ihr jeweiliges Heimatland ausweist, wenn dieses als unsicher gilt. Die Debatte hat einen realen Hintergrund: Aktuell leben in Schaffhausen fünf Iraker, die wegen Unterstützung einer terroristischen Organisation verurteilt worden sind, die aber nicht ausgeschafft werden.

Freie Fahrt für freie Bürger

Die Stautunden nehmen jedes Jahr weiter zu – zum Ärger der Autofahrer und Gwerbler. Dank der SVP investiert der Bund in den kommenden Jahren in die lange vernachlässigte Strasseninfrastruktur. Bis 2030 sollen auf dem Nationalstrassennetz Erweiterungsprojekte im Umfang von rund 14,8 Milliarden Franken in Angriff genommen sowie der Betrieb, Unterhalt und die Anpassungen des Nationalstrassennetzes für die Jahre 2020 bis 2023 sichergestellt werden.

Alle Familien, auch jene die ihre Kinder selbst betreuen, sollen von höherem Steuerabzug profitieren

Mit den Stimmen der SVP stimmte der Nationalrat einer Steuererleichterung für Familien zu. Der allgemeine Abzug pro Kind wird von 6'500 auf 10'000 Franken angehoben. So werden Familien steuerlich entlastet, unabhängig davon, ob sie ihre Kinder selber betreuen oder in eine Krippe geben. Die Linke und die FDP wollten den höheren Steuerabzug verhindern. Für sie hat die Entlastung von Familien offenbar keine Priorität.

Höhere Steuerabzüge für Krankenkassenprämien dank SVP-Motion

Alle reden von der drückenden Last der steigenden Krankenkassenprämien – die SVP sorgt für Entlastung. Die Motion von SVP-Nationalrat Jean-Pierre Grin will die Pauschalabzüge bei der direkten Bundessteuer für Alleinstehende von 1'700 auf 3'000 Franken und für Ehepaare von 3'500 auf 6'100 Franken erhöhen. Für jedes Kind sollen statt 700 neu 1'200 Franken abgezogen werden können. Nach dem Nationalrat stimmte in dieser Session auch der Ständerat dieser Forderung zu.



Kohäsionsmilliarde: Auch Nationalrat lässt sich von der EU erpressen
Anstatt der EU klar mitzuteilen, dass sich die Schweiz nicht dem Diktat des Institutionellen Rahmenabkommens (InstA) unterwirft, stimmten im Nationalrat alle Parteien ausser der SVP für die Bezahlung von 1,3 Milliarden Franken an die EU. Zudem wurde der Antrag der SVP, die Kohäsionsmilliarde dem Referendum zu unterstellen, abgelehnt. FDP, CVP und SP haben Angst vor einer Volksabstimmung, weil sie wissen, dass die Schweizerinnen und Schweizer die Kohäsionsmilliarde hochkant ablehnen würden. Immerhin ist es dank der SVP gelungen, die Zahlung an – wenn auch minimale – Bedingungen zu knüpfen.

Ständerat ist nicht bereit, das Institutionelle Rahmenabkommen abzulehnen
Der Ständerat hat das Begehren aus der SVP-Fraktion, die Unterzeichnung des Institutionellen Rahmenabkommens durch den Bundesrat zu verbieten, abgelehnt. Damit stimmen alle Parteien ausser der SVP grundsätzlich diesem Vertrag zu, mit welchem die Schweiz automatisch EU-Recht übernehmen und sich dem EU-Gericht unterstellen würde. Die SVP wird alles unternehmen, um den EU-Anbindungsvertrag zu verhindern.

Schweizer KMU haben bei Ausschreibungen weiterhin das Nachsehen
Der Nationalrat lehnte einen Antrag der SVP ab, der die Schweizer KMU in öffentlichen Ausschreibungen vor dem Preisdumping ausländischer Firmen schützen wollte. Bei den Zuschlagskriterien für öffentliche Ausschreibungen hätte die Verschiedenheit der Preisniveaus in den Ländern, in welchen die Leistung erbracht wird, berücksichtigt werden sollen. Damit werden die Schweizer KMU ungerechterweise auf die gleiche Stufe gestellt wie ausländische Firmen, die keine Lehrlinge ausbilden, günstiger produzieren, ihren Mitarbeitenden viel weniger bezahlen und deshalb günstiger offerieren können.

Parlament pfeift auf Nationalhymne

«Trittst im Morgenrot daher...» Die Nationalhymne ist ein Symbol für unsere Heimat wie das Schweizerkreuz oder unsere Berge. Doch der Schweizerpsalm gerät immer mehr unter Druck. Durch die Hintertür wollen linke Kreise unsere Hymne, welche 1841 komponiert wurde, abschaffen. Um die Nationalhymne zu schützen, wollte sie die SVP in einem Gesetz verankern. So hätte über eine Änderung der Hymne immer eine Volksabstimmung verlangt werden können. Doch einer Mehrheit der Nationalräte – insbesondere auch der FDP – ist unsere Nationalhymne offensichtlich egal.

Die SP ist eingeknickt – nur noch die SVP kämpft gegen den Unterdrückungsvertrag mit der EU

Auszug aus der Medienmitteilung vom 27. März 2019

Die SVP ist konsterniert: Eine Mehrheit der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates stimmt dem Rahmenabkommen mit der EU zu – trotz automatischer Rechtsübernahme und EU-Gerichtsbarkeit. Sogar die SP-Vertreter sagen ja, obwohl beim Lohnschutz und anderen flankierenden Massnahmen noch nichts geklärt ist. Damit kämpft nur noch die SVP ohne Wenn und Aber für unser Land. Denn das InstA höhlt die direkte Demokratie aus, missachtet die schweizerische Unabhängigkeit, die Neutralität und den Föderalismus und gefährdet die Schweizer Wohlfahrt. Die SVP fordert den Bundesrat auf, diesen Vertragsentwurf zurückzuweisen und der EU freundlich und unmissverständlich darzulegen, dass die Schweiz an guten bilateralen Beziehungen auf Augenhöhe interessiert ist, aber keinen Vertrag unterschreiben kann, der gegen den Zweckartikel der Bundesverfassung verstösst, welcher die Unabhängigkeit des Landes und die Rechte des Volkes garantiert.

Die SVP fordert die Kantone auf, das EU-Rahmenabkommen abzulehnen

Auszug aus der Medienmitteilung vom 28. März 2019

Am 29. März 2019 wird die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) ihre Stellungnahme zum Entwurf des institutionellen Abkommens mit der EU (InstA) verabschieden. Die SVP fordert die Plenarversammlung der KdK auf, das Abkommen abzulehnen. Das im InstA verlangte Verbot der staatlichen Beihilfen betrifft das gesamte staatliche Handeln der Kantone, der Gemeinden und des Bundes und würde unseren Föderalismus sowie die Kantons- und Gemeindeautonomie vollständig untergraben.

Der SVP-Vorstand empfiehlt Stimmfreigabe zum Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF)

Auszug aus der Medienmitteilung vom 29. März 2019

Der Vorstand der SVP Schweiz hat sich heute zu einer Sitzung in Amriswil (TG) getroffen. Im Zentrum der Diskussion standen die Parolenempfehlungen zuhanden der morgen ebenfalls in Amriswil stattfindenden Delegiertenversammlung. Der Parteivorstand empfiehlt Stimmfreigabe beim Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) und einstimmig die Ablehnung der EU-Waffenrichtlinie. Anschliessend an die Sitzung fand im Alters- und Pflegezentrum ein SVP bi de Lüt statt. Bei Bratwurst und Bier tauschten sich die National- und Ständeräte mit der lokalen Bevölkerung aus.



Parteipräsident Albert Rösti (BE) begrüsst Besucherinnen und Besucher am «SVP bi de Lüt» in Amriswil (TG).

Einstimmig gegen den Unterwerfungsvertrag der EU

Delegiertenversammlung vom 30. März 2019 in Amriswil (TG)

Die Delegierten verabschiedeten an der Versammlung einstimmig zuhanden des Bundesrates 13 Forderungen. Dazu gehört auch die Forderung, der Bundesrat solle zur Stärkung des Arbeitsplatzes Schweiz ein Programm für weniger Bürokratie, tiefere Steuern, Abgaben und Gebühren vorlegen. Weiter fassten die Delegierten die Parolen für die Abstimmung vom 19. Mai 2019. Sie folgten bei beiden Vorlagen nach ausführlicher Diskussion der Empfehlung des Parteivorstandes: Bei der EU-Waffenrichtlinie fassten die Delegierten mit 375 Stimmen bei einer Enthaltung die Nein-Parole. Beim Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Sanierung (STAF) beschlossen sie mit 289 zu 60 Stimmen bei einer Enthaltung Stimmfreigabe.



Insgesamt 550 SVP-Delegierte und Gäste trafen sich in Amriswil (TG) zur Delegiertenversammlung. Dabei sprachen sie sich gegen den Vasallenvertrag mit der EU aus, der die direkte Demokratie aushöhlt, die schweizerische Unabhängigkeit, die Neutralität und den Föderalismus missachtet sowie die Schweizer Wohlfahrt gefährdet.

APRIL

Fremde Richter schützen Schwerverbrecher vor der Ausschaffung

Auszug aus der Medienmitteilung vom 10. April 2019

Strassburger Richter verhindern die Ausschaffung eines Vergewaltigers. Dass fremde Richter in der Schweiz bestimmen, ist für die SVP inakzeptabel. In der Schweiz hat unser demokratisch legitimes Verfassungsrecht zu gelten. Die SVP fordert daher, dass der kosovarische Vergewaltiger sowie alle anderen ausländischen Schwermisdäntlichen nun endlich ohne Wenn und Aber des Landes zu verweisen sind.

Die Integrationsagenda des Bundesrates ist reine Symptombekämpfung

Auszug aus der Medienmitteilung vom 11. April 2019

Der Bundesrat teilt mit, er habe die Umsetzung der Integrationsagenda Schweiz und die Abgeltung der Kantone für die Zusatzkosten von unbegleiteten Minderjährigen im Asyl- und Flüchtlingsbereich genehmigt und die Inkraftsetzung per 1. Mai 2019 beschlossen. Die SVP lehnt die bundesrätliche Integrationspolitik ab. Insbesondere die dafür vorgesehene Verdreifachung der Integrations- beziehungsweise Betreuungspauschalen. Dies erweckt den Eindruck, dass der Bundesrat damit die negativen Folgen seiner verfehlten Asylpolitik dämpfen, respektive den Moment hinauszögern will, in dem die Kosten voll auf die Kantone und Gemeinden durchschlagen.

Die SVP ist zudem überzeugt davon, dass die Integration keine originäre Staatsaufgabe ist. Eine erfolgreiche Integration bedarf in erster Linie der Bereitschaft und des Engagements der ausländischen Personen.

SP-Sozialminister Alain Berset verhätschelt Sozialversicherungs-Betrüger

Auszug aus der Medienmitteilung vom 16. April 2019

Aller linken Propaganda zum Trotz ist der Volkswille klar: Die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben im November 2018 mit 64,7 Prozent dazu ja gesagt, dass die Sozialversicherungen im Kampf gegen Missbrauch wieder Detektive einsetzen dürfen. Umso befremdlicher ist, dass SP-Sozialminister Alain Berset den Volksentscheid nun durch die Hintertüre kippen will: In der Umsetzungsverordnung hat er das Gesetz klammheimlich bis zur Wirkungslosigkeit abgeschwächt. Dies etwa indem der Einsatz von Detektiven mit unnötiger Bürokratie massiv erschwert oder faktisch verunmöglicht werden soll.

Der Widerstand der SVP trägt Früchte

Auszug aus der Medienmitteilung vom 16. April 2019

Es ist in erster Linie dem ungebrochenen Widerstand der SVP zu verdanken, dass die Wirtschaftskommission des Nationalrates (WAK-N) den vorliegenden Entwurf zum institutionellen Rahmenabkommen mit der EU (InstA) als ungenügend betrachtet. Sie weist den Entwurf mit der Auflage an den Bundesrat zurück, ein Verhandlungsergebnis zu präsentieren, das die roten Linien respektiert – dies insbesondere beim Lohnschutz und beim Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union von 1972 bezüglich Staatsbeihilfen. Einen Antrag der SVP, wonach der Bundesrat auf eine Unterzeichnung des InstA verzichten soll, lehnte die WAK-N ab. Die SVP Schweiz lehnt das InstA mit der EU entschieden ab.

Die links-grüne Basler Regierung foutiert sich um den Rechtsstaat

Auszug aus der Medienmitteilung vom 18. April 2019

Es ist ein Skandal, was sich die links-grüne Regierungsmehrheit des Kantons Baselstadt im Falle eines abgelehnten afghanischen Asylbewerbers leistet. Die Basler Exekutive missachtet Bundesrecht, setzt sich über ein Urteil des höchsten Schweizer Verwaltungsgerichtes hinweg und stellt, wie in einer Bananenrepublik, eigene Regeln auf. Die links-grüne Mehrheit der Kantonsregierung verweigert die Ausschaffung eines Afghanen und setzt sich damit über ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes hinweg. Die SVP fordert daher den Bund auf, den Basler Alleingang nicht zu dulden.

MAI

Die SVP ist entsetzt: Der Bundesrat will Heimatreisen von Flüchtlingen quasi erlauben

Auszug aus der Medienmitteilung vom 1. Mai 2019

Anerkannten Flüchtlingen ist es verboten, in ihren Heimat- oder Herkunftsstaat zu reisen. Der Bundesrat will jedoch die Ausnahmen für Reisen in Nachbarländer grosszügig auslegen und öffnet damit dem Missbrauch Tür und Tor. Die SVP ist darüber entsetzt: Wer in das Land zurückkehrt, in dem er angeblich verfolgt ist, ist nicht bedroht und damit kein Flüchtling im Sinne des Gesetzes.

Konkret sollen Flüchtlinge bei «schwerwiegenden Ereignissen» vom Staatssekretariat für Migration (SEM) eine Erlaubnis erhalten in Nachbarländer ihrer Heimatstaaten zu reisen. Unter schwerwiegend versteht der Bundesrat nicht nur den Tod naher Ange-

höriger, sondern auch wenn diese heiraten, ein Kind zur Welt bringen, schwer erkranken oder einen Unfall haben. Die entsprechende Verordnungsanpassung hat der Bundesrat heute in die Vernehmlassung geschickt.

Neuausrichtung bei der Entwicklungshilfe: Stossrichtung stimmt, aber noch immer zu teuer

Auszug aus der Medienmitteilung vom 2. Mai 2019

Die SVP begrüsst bei der neuen Ausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit insbesondere die beabsichtigte stärkere Verknüpfung mit Migrationsfragen. Die SVP fordert, dass sich die Schweiz nur in Ländern engagiert, die ihre Staatsbürger zurücknehmen. Die SVP kritisiert jedoch, dass der Bund noch immer zu viel Steuergelder in die Entwicklungshilfe stecken will. Sie fordert, eine Milliarde dieses Geldes für die Sicherung der AHV-Renten und damit für die Menschen in der Schweiz einzusetzen.

Stopp den Staus und Schikanen: Verkehrsprobleme sind hausgemacht und inakzeptabel

Auszug aus der Medienmitteilung vom 3. Mai 2019

75 Prozent des gesamten Verkehrs in der Schweiz wird über Strassen abgewickelt. Doch Auto-, Lastwagen- und Motorradfahrer werden zunehmend schikaniert, immer dreister zur Kasse gebeten und insgesamt schlechter behandelt als ÖV-Benutzer oder Velofahrer. Als Gegenleistung für ihre Milliardenzahlungen an Bund und Kantone müssen sie Staus, Verkehrsschikanen, Bussen und Parkplatzmangel hinnehmen. Das akzeptiert die SVP nicht mehr. Sie benennt in ihrem neuen Verkehrspapier die Probleme und fordert Massnahmen.



V.l.n.r.: Parteipräsident Albert Rösti (BE), die Nationalräte Adrian Amstutz (BE), Manfred Bühler (BE), Thomas Hurter (SH), Nationalrätin Nadja Pieren (BE) und Nationalrat Walter Wobmann (SO) bei der Vorstellung des neuen Positionspapiers.

Für die SVP ist daher das oberste Ziel, mit den vorhandenen Mitteln die wichtigsten Verkehrsengpässe umgehend zu beseitigen sowie Ausbauten dort vorzunehmen, wo die Nachfrage und die Belastung am grössten sind. Mit den Bahn-Fonds FABI und

dem NAF für die Strassen verfügt der Bund über Mittel dazu. Die SVP achtet darauf, dass insbesondere das Geld für die Strasse auch tatsächlich dort eingesetzt wird und nicht wieder im grossen Stil für ÖV-Projekte in den Agglomerationen versickert. Die SVP präsentiert deshalb an der Pressekonferenz ihr neues Positionspapier zur Verkehrspolitik.

Die SVP trägt den Kompromiss der Kantone beim Finanzausgleich mit Auszug aus der Medienmitteilung vom 7. Mai 2019

Die SVP-Fraktion unterstützt mehrheitlich die vom Bundesrat vorgeschlagene Reform des Finanzausgleichs und damit den von der Mehrheit der Kantone ausgehandelten Kompromiss. Damit werden die Geberkantone leicht entlastet. Weiter hat sich die SVP-Fraktion einstimmig für die Änderung des Jagdgesetzes ausgesprochen. Das Gesetz schlägt unter anderem neue Regeln bei der Regulierung von Schaden stiftenden Tierarten vor.



Sondersession Nationalrat 2019 (7. Mai 2019 - 9. Mai 2019)



POSITIV

SVP fordert Rückweisung des EU-Rahmenabkommens

Mittels einer Motion in beiden Räten fordert die SVP den Bundesrat auf, weder mit der EU noch mit anderen Staaten bilaterale oder multilaterale Abkommen abzuschliessen, die eine Verpflichtung zur dynamischen, d.h. automatischen und zwingenden Rechtsübernahme beinhalten oder die die Gerichtsbarkeit der Gegenpartei zur Streitentscheidung vorsehen, da dies ein krasser Verstoss gegen den Zweckartikel der Bundesverfassung wäre. Gleichzeitig überwiesen beide Räte Kommissionsmotionen, mittels denen der Bundesrat beauftragt wird, mit der EU Zusatzverhandlungen zu führen oder andere geeignete Massnahmen zu ergreifen, um das institutionelle Abkommen mit der EU zu verbessern. Der Ständerat stimmte Motion mit 22 zu 14 Stimmen bei 6 Enthaltungen zu, der Nationalrat mit 122 zu 38 Stimmen bei 24 Enthaltungen.

Nationalrat verschafft sich mit Verordnungsveto mehr Einfluss

Das Parlament macht Gesetze. Bundesrat und Verwaltung setzen sie mit Verordnungen um. Doch es kommt immer wieder vor, dass diese nicht dem entsprechen, was der Wille der Parlamentarier bei der Schaffung eines Gesetzes war. Aus diesem Grund stimmte der Nationalrat mit 113 zu 67 Stimmen bei 8 Enthaltungen einer Parlamentarischen Initiative von Nationalrat Thomas Aeschi (SVP/ZG) zu. Mit dem Verordnungsveto kann die Bundesversammlung künftig eine Verordnung des Bundesrats „kassieren“. Ein Drittel der Mitglieder eines Rates können innerhalb von 15

Tagen nach der Publikation eines Verordnungsentwurfs einen Antrag auf Ergreifung eines Verordnungsvetos einreichen.

Hitzige Debatte im Nationalrat über Initiativen, die über das Ziel hinaus-schiessen

Der Nationalrat hat die intensiven Diskussionen über die Trinkwasser- und die Pestizidverbotsinitiative abgeschlossen. Er empfiehlt beide Volksinitiativen und Gegenvorschläge zur Ablehnung. Beide Initiativen würden die Bauern in ihrem Beruf massiv einschränken. Bei einer strikten Umsetzung wären Ernteaufträge von bis zu 40 Prozent zu erwarten. Die Konsumpreise würden um 20 bis 40 Prozent steigen. Mehr Lebensmittel müssten importiert werden. Würde beispielsweise die Pestizidverbotsinitiative angenommen, könnten kaum mehr Kakao und Kaffee importiert werden, was in der Verarbeitungsindustrie tausende Arbeitsplätze kosten würde. Das Geschäft geht nun an den Ständerat.

Schweizer Bahnnetz soll nicht einfach so für EU-Billigbahnen geöffnet werden

Der Bundesrat hat im Bericht zum internationalen Personenverkehr (Bus/Bahn) angekündigt, eine Öffnung der Schweiz für internationalen Schienenpersonenverkehr zu prüfen. Die SVP wehrt sich dagegen und will verhindern, dass das Bahnland Schweiz den Billigbahnen aus der EU geopfert wird. Kooperationen mit ausländischen Bahnen sollen möglich sein, nicht aber eine komplette Öffnung der mit viel Steuergeld finanzierten Bahninfrastruktur. Die Kommissionen verlangen vom Bundesrat, dass dieser nicht etwa in eigener Kompetenz über eine allfällige Öffnung des Marktes für den internationalen Schienenpersonenverkehr entscheidet, sondern diese dem Parlament in geeigneter Form zur Entscheidung vorlegt. Dem hat der Nationalrat mit 140 zu 35 Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt.



Mehrheit will Aktivisten des politischen Islams nicht ausweisen

Aufgrund von Berichten des Nachrichtendienstes ist davon auszugehen, dass Ausländer in der Schweiz sich als Aktivisten des Islamischen Staates betätigen. Diese Aktivisten bewegen sich in salafistischen Kreisen, die als Nährboden des gewalttätigen islamischen Extremismus gelten. Der Salafismus und andere islamistische Bewegungen gefährden somit die innere Sicherheit der Schweiz. Mit dieser parlamentarischen Initiative forderte die SVP, dass ausländische Aktivisten des politischen Islams unverzüglich auszuweisen seien, zumal Attentate nicht auszuschliessen sind. Und wenn diese Doppelbürger sind, so sei ihnen der Schweizer Pass dringend zu entziehen. Leider stimmte der Nationalrat mit 94 zu 90 Stimmen bei 3 Enthaltungen hauchdünn gegen die Pa.IV.

Parlament beschliesst Geschlechterrichtwert für Verwaltungsräte und Geschäftsleitungen

Das Parlament will gesetzlich erzwingen, dass mehr Frauen in Verwaltungsräten und Geschäftsleitungen sitzen. Fünf Tage nach dem Frauenstreik hat auch der Ständerat Geschlechterrichtwerte für beide Gremien beschlossen. Der Ständerat folgte mit 27 zu 13 Stimmen dem Nationalrat. In Verwaltungsräten grosser börsenkotierter Unternehmen soll künftig jedes Geschlecht zu mindestens 30 Prozent vertreten sein, in Geschäftsleitungen zu mindestens 20 Prozent.

Ständerat für zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub

Der Ständerat hat über die Volksinitiative für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub entschieden. Die Initiative, die vier Wochen fordert, lehnt er ab. Dafür stimmt er dem Gegenvorschlag zu, der zwei Wochen vorsieht. Das Geschäft geht nun an den Nationalrat. Aus Sicht der SVP kann das Fehlen der Mitarbeiter für weitere zwei Wochen gerade für kleine und mittlere Unternehmen kostspielige Folgen haben.

Nein zu Mindestabständen bei Windkraftanlagen

Die Motion von Thomas de Courten (SVP/BL) verlangt vom Bundesrat, den Mindestabstand von Windkraftanlagen zu Siedlungsgebieten auf mindestens das Zehnfache der Höhe der Windkraftwerke festzulegen und diesen Mindestabstand gesetzlich zu verankern. Dabei sind die geltenden Lärmgrenzwerte, inklusive zusätzlicher Grenzwerte für Infraschall bzw. tieffrequenten Schall, einzuhalten. Die Mehrheit des Parlaments redet viel von Umwelt- und Lärmschutz. Wenn es aber konkret wird, werden andere Abstimmungsknöpfe gedrückt. So entschied der Nationalrat mit 65 Ja zu 123 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen gegen die Motion.

Keine Schweizer Entwicklungsbeiträge an die EU!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 8. Mai 2019

Die Kohäsionsbeiträge an die EU sind sofort einzustellen. Wie beim Besuch des polnischen Wirtschaftsministers publik wurde, ging fast die Hälfte des Geldes, konkret 500 Millionen Franken, an Polen – die dynamischste Volkswirtschaft Europas, die höhere Wachstumsraten aufweist als die Schweiz. Angesichts dieser Mittelverwendung der EU fordert die SVP den Stopp der Milliardenzahlungen an die EU. Diese Steuer-gelder müssen im Inland investiert werden und den Schweizer Bürgerinnen und Bürgern zu Gute kommen.

Vorschlag des Bundesrates verschärft die Probleme der Personenfreizügigkeit, statt diese zu lösen!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 15. Mai 2019

In einer überstürzten Aktion versucht der Bundesrat, den bedrohlichen Nachteilen der ungehinderten Personenfreizügigkeit und der largen Flüchtlingspolitik zu begegnen. Die schwerwiegenden Nachteile lassen sich nicht mehr verschweigen, und sie werden mit unsicherer Wirtschaftslage noch zunehmen. Der Vorschlag einer neu zu schaffenden Überbrückungsrente ist unbrauchbar. Er verkennt das Problem und wird dazu führen, dass ältere Arbeitnehmer mit einer Überbrückungsrente abgespeist werden, leichter entlassen und durch jüngere, billigere Ausländer dank der Personenfreizügigkeit ersetzt werden. Die SVP lehnt dies entschieden ab.

Dass der Bundesrat mit der Übergangsrente nun eine Schein-Lösung präsentiert, hat zwei Gründe: Zum einen will er damit die Gewerkschaften für das Rahmenabkommen mit der EU gewinnen. Zum andern fürchtet er eine Annahme der Begrenzungsinitiative und will die Stimmbevölkerung mit falschen Rentenversprechen ködern.

Die SVP fordert einen wirksamen Schutz der Menschen in der Schweiz vor Gefahren aus der Luft

Auszug aus der Medienmitteilung vom 16. Mai 2019

Die SVP sieht sich durch die von Verteidigungsministerin Viola Amherd (CVP) eingeholten Zusatzberichte zum Luftwaffenbeschaffungsprojekt Air 2030 in ihrer Haltung bestärkt: Der Finanzbedarf muss aber, wie von Bundesrat Parmelin 2018 veranschlagt, bei neun Milliarden angesetzt werden. Damit lässt sich eine luft- und bodengestützte Verteidigung mit optimalem Preis-Leistungs-Verhältnis schaffen, um die Menschen und Lebensgrundlagen in der Schweiz wirksam vor Gefahren aus der Luft zu schützen.



Eidgenössische Abstimmung vom 19. Mai 2019

Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF)

Die Annahme des Bundesgesetzes über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) nimmt die SVP zur Kenntnis. Die Delegierten der SVP Schweiz hatten im Vorfeld der Abstimmung Stimmfreigabe beschlossen. Das im Ständerat von den anderen Parteien unter Ausschluss der SVP in einer Nacht- und Nebelaktion geschnürte AHV-Steuerreform-Päckli (Staf) wurde von Anfang an von der SVP-Fraktion kritisiert. Die Verantwortung für dieses Päckli haben nun die anderen Regierungs-Parteien zu tragen. Namentlich von den Linken erwartet die SVP, dass sie nun die im Zusammenhang mit der Staf in Aussicht gestellten Steuersenkungen in den Kantonen mittragen.

Übernahme der EU-Waffenrichtlinie (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)

Die EU-Waffenrichtlinie bringt nichts ausser mehr Bevormundung, Bürokratie und Unsicherheit. Dass die Schweizer Stimmbevölkerung der Vorlag trotzdem zugestimmt hat, liegt an der Angstmacherkampagne der Befürworter. Sie malten im Falle einer Ablehnung den Teufel an die Wand und prophezeiten, dass die Schweiz dann aus dem Schengenvertrag und damit von allen Fahndungssystemen und Polizeidatenbanken ausgeschlossen würde. Eine freie Willensäusserung sieht anders aus. Solche angstgetriebenen Abstimmungsergebnisse wären künftig die Regel, falls der Bundesrat das Rahmenabkommen mit der EU unterschreibt. Denn dann müssten die Schweizerinnen und Schweizer ständig mit der Drohung im Nacken abstimmen, dass alle bilateralen Verträge gekündigt werden, wenn sie eine noch so kleine Anpassung der EU ablehnen.

Menschenrechte nur für Kriminelle?

Auszug aus der Medienmitteilung vom 22. Mai 2019

Die SVP ist konsterniert, dass Bunderätin Karin Keller-Sutter die Präventionshaft für potenzielle Terroristen aus Menschenrechtsgründen ablehnt. Für die Justizministerin gelten die Menschenrechte und das Recht auf Schutz offenbar nur für Kriminelle und nicht für die eigene Bevölkerung.

Die Schweiz muss wieder sicher werden

Auszug aus der Medienmitteilung vom 24. Mai 2019



*Die SVP-Bundesfraktion macht sich ein Bild der Lage direkt vor Ort:
Bei der Kantonspolizei und Stadtpolizei Zürich.*

Die SVP setzt sich seit je für die Sicherheit ein – ist sie doch die Basis für die Freiheit und den Wohlstand unseres Landes. Doch eine lockere Politik, eine zu milde Justiz und die Öffnung der Grenzen haben zu mehr Kriminalität geführt. Die SVP-Fraktion hat sich bei einem Treffen mit der Kantonspolizei und der Stadtpolizei Zürich ein Bild der Lage gemacht.

Economiesuisse verbreitet Propaganda

Auszug aus der Medienmitteilung vom 28. Mai 2019

Angeblich befürworte eine «klare Mehrheit» der Schweizer Wirtschaft ein Rahmenabkommen mit der EU, sagt der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse gestützt auf eine Umfrage. Dies ist reine Propaganda: Die Umfrageergebnisse sind alles andere als klar. Sie können ebenso gut das Gegenteil bedeuten.

Die SVP ist zwar an guten Wirtschaftsbeziehungen auch zur EU interessiert. Das vom Bundesrat ausgehandelte Abkommen ist aus ihrer Sicht jedoch klar abzulehnen. Es höhlt die direkte Demokratie aus, missachtet die schweizerische Unabhängigkeit, die Neutralität und den Föderalismus und gefährdet die Schweizer Wohlfahrt.

Diese demokratisch nicht legitimierte Sozialmigration muss aufhören!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 29. Mai 2019

Der Bundesrat hat das Konzept zur direkten Aufnahme von grösseren Flüchtlingsgruppen verabschiedet. Die SVP lehnt solche Resettlementprogramme – oder zu Deutsch: Umsiedlungsprogramme – klar ab und fordert in einem Vorstoss, dass künftig nur noch das Parlament grösseren Flüchtlingsgruppen Asyl gewähren kann.



Sommersession 2019 (3. Juni 2019 – 21. Juni 2019)



POSITIV

SVP fordert Rückweisung des EU-Rahmenabkommens

Mittels einer Motion in beiden Räten fordert die SVP den Bundesrat auf, weder mit der EU noch mit anderen Staaten bilaterale oder multilaterale Abkommen abzuschliessen, die eine Verpflichtung zur dynamischen, d.h. automatischen und zwingenden Rechtsübernahme beinhalten, oder die die Gerichtsbarkeit der Gegenpartei zur Streitentscheidung vorsehen, da dies ein krasser Verstoss gegen den Zweckartikel der Bundesverfassung wäre. Gleichzeitig überwiesen beide Räte Kommissionen, mittels denen der Bundesrat beauftragt wird, mit der EU Zusatzverhandlungen zu führen oder andere geeignete Massnahmen zu ergreifen, um das institutionelle Abkommen mit der EU zu verbessern. Der Ständerat stimmte der Motion mit 22 zu 14 Stimmen bei 6 Enthaltungen zu, der Nationalrat mit 122 zu 38 Stimmen bei 24 Enthaltungen.

Nationalrat verschafft sich mit Verordnungsveto mehr Einfluss

Das Parlament macht Gesetze. Bundesrat und Verwaltung setzen sie mit Verordnungen um. Doch es kommt immer wieder vor, dass diese nicht dem Willen der Parlamentarier bei der Schaffung eines Gesetzes entsprechen. Aus diesem Grund stimmte der Nationalrat mit 113 zu 67 Stimmen bei 8 Enthaltungen einer parlamentarischen Initiative von Nationalrat Thomas Aeschi (SVP/ZG) zu. Mit dem Verordnungsveto kann die Bundesversammlung künftig eine Verordnung des Bundesrats „kassieren“. Ein Drittel der Mitglieder eines Rates kann innerhalb von 15 Tagen nach der Publikation eines Verordnungsentwurfs einen Antrag auf Ergreifung eines Verordnungsvetos einreichen.

Hitzige Debatte im Nationalrat über Initiativen, die über das Ziel hinaus-schiessen

Der Nationalrat hat die intensiven Diskussionen über die Trinkwasser- und die Pestizidverbotsinitiative abgeschlossen. Er empfiehlt beide Volksinitiativen und Gegenvorschläge zur Ablehnung. Beide Initiativen würden die Bauern in ihrem Beruf massiv einschränken. Bei einer strikten Umsetzung wären Ernteaufträge von bis zu 40 Prozent zu erwarten. Die Konsumentenpreise würden um 20 bis 40 Prozent steigen. Mehr Lebensmittel müssten importiert werden. Würde beispielsweise die Pestizidverbotsinitiative angenommen, könnten kaum mehr Kakao und Kaffee importiert werden, was in der Verarbeitungsindustrie tausende Arbeitsplätze kosten würde. Das Geschäft geht nun an den Ständerat.

Schweizer Bahnnetz soll nicht einfach so für EU-Billigbahnen geöffnet werden

Der Bundesrat hat im Bericht zum internationalen Personenverkehr (Bus/Bahn) angekündigt, eine Öffnung der Schweiz für den internationalen Schienenpersonenverkehr zu prüfen. Die SVP wehrt sich dagegen und will verhindern, dass das Bahnland Schweiz den Billigbahnen aus der EU geopfert wird. Kooperationen mit ausländischen Bahnen sollen möglich sein, nicht aber eine komplette Öffnung der mit viel Steuergeld finanzierten Bahninfrastruktur. Die Kommissionssmotion verlangt vom Bundesrat, dass dieser nicht in eigener Kompetenz über eine allfällige Öffnung des Marktes für den internationalen Schienenpersonenverkehr entscheidet, sondern diese dem Parlament in geeigneter Form zum Entscheid vorlegt. Dem hat der Nationalrat mit 140 zu 35 Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt.

Sanierung belasteter Schiessstandorte soll unterstützt werden

Der Bund soll die Sanierung belasteter Schiessstandorte auch dann unterstützen, wenn nach 2020 noch in den Boden geschossen wird. Das hat der Nationalrat dank der SVP so beschlossen. Auslöser war eine parlamentarische Initiative von Adrian Amstutz (SVP/BE). Mit seinem Entscheid für diese parlamentarische Initiative widersetzte sich der Nationalrat einer knappen Mehrheit seiner Umweltkommission und folgte vielmehr einer Minderheit um SVP-Präsident Albert Röstli (BE). Gemäss geltendem Gesetz subventioniert der Bund die Sanierung von Schiessanlagen nur dann, wenn ab 2021 nur noch mit Kugelfang darauf geschossen wird. Diese Sanierungen sind extrem teuer und bedeuten für Schützenvereine oftmals das Aus. Nach Ansicht der grossen Kammer sollen für historische Schiessen und Feldschiessen aber künftig Ausnahmen gelten.



Mehrheit will Aktivisten des politischen Islams nicht ausweisen

Aufgrund von Berichten des Nachrichtendienstes ist davon auszugehen, dass sich Ausländer in der Schweiz als Aktivisten des Islamischen Staates betätigen. Diese Aktivisten bewegen sich in salafistischen Kreisen, die als Nährboden des gewalttätigen islamischen Extremismus gelten. Der Salafismus und andere islamistische Bewegungen gefährden somit die innere Sicherheit der Schweiz. Mit dieser parlamentarischen Initiative forderte die SVP, dass ausländische Aktivisten des politischen Islams unverzüglich auszuweisen seien, zumal Attentate nicht auszuschliessen sind. Und wenn sie Doppelbürger sind, so sei ihnen der Schweizer Pass dringend zu entziehen. Leider stimmte der Nationalrat mit 94 zu 90 Stimmen bei 3 Enthaltungen hauchdünn gegen die Pa.Iv.

Bundesrat soll weiterhin Flüchtlinge direkt einfliegen dürfen

Mit 121 zu 64 Stimmen spielte der Nationalrat wieder mal „alle gegen die SVP“. Er

lehnte eine parlamentarische Initiative der SVP ab, welche verlangte, dass grösseren Flüchtlingsgruppen nur noch aufgrund eines Entscheides von National- und Ständerat Asyl gewährt wird. Bei kleineren Flüchtlingsgruppen hätte weiterhin das EJPD entscheiden können. Indem der Bundesrat mit einer einfachen Mehrheit eigenmächtig ganze Kontingente an Flüchtlingen aufnehmen kann, vergibt er direkt Asyl (denn die meisten werden nie wieder heimkehren) und führt damit tausende von Ausländer direkt den Sozialsystemen der Kantone und Gemeinden zu. Das widerspricht unseren demokratischen Prozessen.

Kriminelle EU-Ausländer sollen weiterhin in der Schweiz bleiben dürfen

Mit 120 zu 64 Stimmen bodigte der Nationalrat eine Parlamentarische Initiative von Nationalrat Hans-Ueli Vogt (SVP/ZH). Das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU soll über der Bundesverfassung stehen (Landesverweisung nach Art. 121 Abs. 3-6 BV). Der Vorstoss geht unter anderem auf ein Urteil des Zürcher Obergerichtes zurück, das einen deutschen Staatsbürger, der wegen verschiedener Delikte des Landes zu verweisen wäre, nicht des Landes verwiesen hat. Dies mit der Begründung, dass das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU dies nicht zulasse.

Parlament beschliesst Geschlechterrichtwert für Verwaltungsräte und Geschäftsleitungen

Das Parlament will gesetzlich erzwingen, dass mehr Frauen in Verwaltungsräten und Geschäftsleitungen sitzen. Fünf Tage nach dem Frauenstreik hat auch der Ständerat Geschlechterrichtwerte für beide Gremien beschlossen. Der Ständerat folgte mit 27 zu 13 Stimmen dem Nationalrat. In Verwaltungsräten grosser börsenkotierter Unternehmen soll künftig jedes Geschlecht zu mindestens 30 Prozent vertreten sein, in Geschäftsleitungen zu mindestens 20 Prozent.

Ständerat für zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub

Der Ständerat hat über die Volksinitiative für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub entschieden. Die Initiative, die vier Wochen fordert, lehnt er ab. Dafür stimmt er dem Gegenvorschlag zu, der zwei Wochen vorsieht. Das Geschäft geht nun an den Nationalrat. Aus Sicht der SVP kann das Fehlen der Mitarbeiter für weitere zwei Wochen gerade für kleine und mittlere Unternehmen kostspielige Folgen haben.

Nein zu Mindestabständen bei Windkraftanlagen

Die Motion von Thomas de Courten (SVP/BL) verlangt vom Bundesrat, den Mindestabstand von Windkraftanlagen zu Siedlungsgebieten auf mindestens das Zehnfache der Höhe der Windkraftwerke festzulegen und diesen Mindestabstand gesetzlich zu verankern. Dabei sind die geltenden Lärmgrenzwerte, inklusive zusätzlicher Grenzwerte für Infraschall bzw. tieffrequenten Schall, einzuhalten. Die Mehrheit des Parlaments redet viel von Umwelt- und Lärmschutz. Wenn es aber konkret wird, werden andere Abstimmungsknöpfe gedrückt. So entschied der Nationalrat mit 65 Ja zu 123 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen gegen die Motion.

SVP will Bundesrat und Verwaltung mehr auf die Finger schauen

Auszug aus der Medienmitteilung vom 4. Juni 2019

Die SVP-Fraktion sagt Ja zu einem Verordnungsveto, mit dem das Parlament von Bundesrat und Verwaltung eine gesetzestreue Umsetzung von Gesetzen verlangen kann. Zudem unterstützt die SVP-Fraktion eine Motion der Wirtschaftskommissionen von National und Ständerat, die in wichtigen Punkten Nachverhandlungen mit der EU zum institutionellen Abkommen (InstA) fordert.



Die SVP stellt am „SVP bi de Lüt“ mit der gesamten Bundeshausfraktion und den SVP-Bundesräten ihren „Sünneli-Song“ vor.

Nach der Sitzung trafen sich die SVP-Fraktion und die SVP-Bundesräte auf dem Berner Waisenhausplatz zum bei Wurst und kühlen Getränken zum Austausch mit der Bevölkerung. Anlässlich dieses „SVP bi de Lüt“ stellte die SVP auch ihren neuen Sünneli-Song vor.

Teilerfolg für die SVP: Der Bundesrat hat das Rahmenabkommen nicht unterzeichnet

Auszug aus der Medienmitteilung vom 7. Juni 2019

Dank dem nachhaltigen Druck der SVP hat der Bundesrat das institutionelle Abkommen mit der EU (InstA) nicht unterzeichnet. Allerdings will er lediglich für die Schweiz aktuell zu erwartende Konflikte wie die Unionsbürgerrichtlinie, staatliche Beihilfen und den Lohnschutz mit der EU nachverhandeln. Die SVP fordert aber, dass endlich die Grundprobleme mit der automatischen Gesetzesübernahme und den fremden Richtern beseitigt werden. Die SVP fordert den Bundesrat auf, das vorliegende Abkommen abzulehnen, weil es die Unabhängigkeit, die direkte Demokratie und den Wohlstand der Schweiz massiv trifft.

Der Bundesrat muss mit der EU zuerst die automatische Rechtsübernahme klären

Auszug aus der Medienmitteilung vom 11. Juni 2019

Die SVP-Fraktion hat in ihrer heutigen Sitzung bekräftigt, dass der Bundesrat beim EU-Rahmenabkommen (InstA) vor allen anderen Fragen zuerst jene der automatischen Übernahme von EU-Recht klären muss. Dass er – wie angekündigt – lediglich für die Schweiz aktuell zu erwartende Konflikte wie die Unionsbürgerrichtlinie, staatliche Beihilfen und den Lohnschutz mit der EU klären will, reicht nicht, solange nicht die Grundprobleme mit der automatischen Gesetzesübernahme und den fremden Richtern beseitigt werden. Denn diese Punkte sind es, die die Unabhängigkeit, die direkte Demokratie und den Wohlstand der Schweiz unmittelbar gefährden.

Gewalt gegen Frauen hat einen Namen: Nichtintegrierte

Auszug aus der Medienmitteilung vom 12. Juni 2019

Im Hinblick auf den Frauenstreik vom 14. Juni fordern die Frauen der SVP-Fraktion Null-Toleranz bei der Gewalt gegen Frauen. Wie die Statistiken klar zeigen, hat diese einen Namen: nicht integrierte Männer. Die SVP-Frauen fordern Unterstützung der linken Frauen und dass Polizei und Justiz Frauen endlich effizient vor diesen Tätern schützen.



Die SVP-Nationalrätinnen fordern endlich Unterstützung der Linken beim Kampf gegen die Gewalt von Nichtintegrierten.

Das Kostenwachstum muss sofort gestoppt werden!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 17. Juni 2019

Fürs nächste Jahr werden in der Krankenversicherung erneut mindestens 3 Prozent Kostenwachstum prognostiziert. Diese Entwicklung ist unhaltbar. Die Kosten sind für den Mittelstand jetzt schon zu hoch. Die SVP fordert vom Bundesrat griffige Sofortmassnahmen, um dieses Kostenwachstum zu bremsen. Die Devise ist: Mehr Wettbewerb, mehr Eigenverantwortung, mehr Kostenwahrheit bei Ausländern, insbesondere Asylanten. Hier braucht es eine separate Lösung des Bundes, welche die Prämienzahler nicht zusätzlich belastet.

Inakzeptable Erpressung der EU – der Bundesrat muss nun harte Massnahmen ergreifen

Auszug aus der Medienmitteilung vom 18. Juni 2019

Nun zeigt die EU-Kommission endlich ihr wahres Gesicht. Dass sie heute nicht entschieden hat, die Schweizer Börse weiterhin als gleichwertig zur EU-Konkurrenz anzuerkennen, dient ganz offensichtlich dazu, den Druck auf die Schweiz zu erhöhen. Dies damit der Bundesrat dem institutionellen Abkommen mit der EU zustimmt. Für die SVP sind solche Erpressungsversuche inakzeptabel. Sie fordert vom Bundesrat endlich harte und klare Massnahmen.

Stopp dem links-grünen Raubzug auf den Mittelstand

Auszug aus der Medienkonferenz vom 25. Juni 2019

Wenn SP und Grüne die angebliche soziale Kälte in der Schweiz anprangern, dann ist dies reine Augenwischerei. Denn die Linke macht schon lange keine soziale Politik mehr. Im Gegenteil: Die Agenda von SP-Chef Christian Levrat und Konsorten richtet sich direkt gegen die arbeitende Bevölkerung, gegen Menschen mit tieferen Einkommen, gegen Angestellte, gegen Mieter, gegen Familien, gegen Sparer, gegen Pendler, gegen Wohneigentümer, gegen ländliche Regionen und gegen Gewerbebetriebe. Die angeblich so sozialen Linken und Grünen machen in Wahrheit eine unsoziale und verantwortungslose Politik der Bevormundung und der staatlichen Umerziehung.



*V.l.n.r.: Conseiller national Michaël Buffat, Parteipräsident Albert Rösti (BE),
Fraktionspräsident Thomas Aeschi (ZG) und Nationalrätin Diana Gutjahr (TG)
Bei der Präsentation des neuen Positionspapiers
«Stopp dem links-grünen Raubzug auf den Mittelstand».*

Die Linken wollen nur eines: Geld, Geld und nochmals Geld. Sie bedienen sich schamlos am Portemonnaie der Bürgerinnen und Bürger. Vorstösse der SP und der Grünen zielen vor allem darauf ab, den Menschen ihr Eigentum – ihr hart verdientes Geld – wegzunehmen und dieses umzuverteilen. Weil es gerade angesagt ist, holen SP und Grüne das Geld aktuell mit Öko-Themen.

Die SVP ist die einzige Partei, die sich SP-Chef Levrat und Konsorten entgegenstellt und sich vehement gegen die staatliche Bevormundung, die Umerziehung und diesen Raubzug auf die Bürgerinnen und Bürger wehrt. Und auch dagegen, dass Arbeitsplätze verloren gehen, weil die Linke mit ihren Forderungen die Arbeit in der Schweiz noch mehr verteuert.

Wer den Mittelstand stärken, Leistung nicht bestrafen und den hart erarbeiteten Wohlstand unseres Landes erhalten will, der wählt SVP.

Hunderte von Millionen Franken für staatlichen Abstimmungskampf gegen die Begrenzungs-Initiative

Auszug aus der Medienmitteilung vom 26. Juni 2019

Die ungebremste Zuwanderung, namentlich durch das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU, bringt vor allem ältere Schweizer Arbeitnehmer massiv in Bedrängnis. Dies weil sie zunehmend durch junge, günstigere ausländische Arbeitskräfte ersetzt werden. Der Bundesrat hat das Problem erkannt und fürchtet nun, die Begrenzungsinitiative könnte an der Urne angenommen werden. Doch statt die Zuwanderung endlich eigenständig zu steuern, will er aus Angst vor einem Ja zur Begrenzungsinitiative lieber ein weiteres hunderte von Millionen Franken teures Sozialwerk in Form einer Überbrückungsrente für ältere Arbeitslose schaffen – natürlich mit Steuergeldern.

Die SVP will, die Kohäsionsmilliarde in die AHV statt an die EU zu bezahlen

Auszug aus der Medienmitteilung vom 26. Juni 2019

Offensichtlich bleibt die EU bei ihrer Erpressung und denkt nicht daran, die Börsenäquivalenz zu verlängern. Deshalb fordert der Vorstand der SVP Schweiz an seiner heutigen Sitzung in Yverdon-les-Bains den Bundesrat auf – im Sinne von „die Schweiz zuerst“ – die Kohäsionsmilliarde in die AHV statt an die EU zu zahlen. Glücklicherweise ist die Schweiz nicht auf den Goodwill der EU angewiesen: Das Finanzdepartement von SVP-Bundesrat Ueli Maurer hat eine Gegenstrategie entwickelt, die per 1. Juli 2019 in Kraft tritt. Die Schweiz anerkennt die EU-Börsen nun ebenfalls nicht mehr. Aktien von Schweizer Firmen müssen somit zwingend an der Schweizer Börse oder ausserhalb der EU – in New York, Singapur oder Hongkong – gehandelt werden.

Manifest für eine intelligente bürgerliche Öko-Politik

Delegiertenversammlung vom 29. Juni 2019 in Orbe (VD)



«Openair»-Delegiertenversammlung bei schönstem Sommerwetter in Orbe (VD).

In Orbe haben sich rund 300 Delegierte und Gäste der SVP Schweiz bei schönstem Sommerwetter zur Parteiversammlung getroffen. Dabei folgten sie der Empfehlung des Parteivorstandes und verabschiedeten einstimmig ein Manifest zur Bekämpfung der verantwortungslosen Umverteilung und Gleichmacherei der Linken und deren Mitläufer.

JULI

Personenfreizügigkeit 2018 – Westschweizer und Tessiner leiden besonders unter Zuwanderung

Auszug aus der Medienmitteilung vom 1. Juli 2019

Gemäss Mitteilung des Seco sei der Wanderungssaldo mit 31'200 Personen von EU/EFTA-Staatsangehörigen in der Schweiz für 2018 im Vergleich zum Vorjahr stabil geblieben. Die Zahlen liegen aber immer noch 3 bis 4 Mal höher als vom Bundesrat prognostiziert und 2019 ist wieder eine Zunahme zu verzeichnen. Zudem erinnert die SVP daran, dass seit Einführung der Personenfreizügigkeit im Jahre 2002 der Zuwanderungssaldo bei 1,15 Millionen Personen liegt. Dank der aktuellen guten Wirtschaftslage hat die Beschäftigung in der Deutschschweiz zwar zugenommen, aber in der von EU-Grenzgängern gefluteten Westschweiz und im Tessin sind immer mehr Schweizer erwerbslos.

Simonetta Sommarugas teurer und mit Steuergeldern finanzierter Wahlkampf

Auszug aus der Medienmitteilung vom 3. Juli 2019

SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga will die Bundesverwaltung komplett auf Öko trimmen. Dies indem beispielsweise sämtliche Bundesgebäude entsprechend saniert oder der Fahrzeugpark massiv auf Elektrofahrzeuge umgestellt werden. Dies ohne die Massnahmen und Kosten quantifiziert und ohne vorgängig die Auswirkungen abgeklärt zu haben. Ganz offensichtlich geht es dabei in erster Linie um den Wahlkampf – finanziert mit den Steuergeldern der hart arbeitenden Bevölkerung. Geld, das der Bundesrat nicht für Luxuslösungen in der Verwaltung, sondern für die Schweiz und ihre Bürger einsetzen müsste – beispielsweise für die AHV, für den Schutz der Bevölkerung vor Gefahren aus der Luft, für Bildung und Forschung oder für die Landwirtschaft.

AHV sichern – gleiches Rentenalter für Mann und Frau richtig

Auszug aus der Medienmitteilung vom 3. Juli 2019

Der Bundesrat hat heute seine Vorschläge zur AHV-Reform präsentiert. Die SVP begrüsst die längst fällige Anpassung des Rentenalters der Frauen an dasjenige der Männer. Neben der Angleichung des Rentenalters für Frauen und Männer benötigt es zur Sicherung der AHV unter anderem die Rückzahlung der Schulden der Invalidenversicherung an die AHV. Ebenfalls verlangt die SVP, dass mindestens eine Milliarde Franken jährlich aus der oft fragwürdigen Auslands- und Entwicklungshilfe zugunsten der AHV eingesetzt wird. Zusätzlich fordert die SVP den Bundesrat und das Parlament auf, die Kohäsionsmilliarde in die AHV statt an die EU zu bezahlen.

Unglaubliches Urteil gegen den Schweizer Finanzplatz

Auszug aus der Medienmitteilung vom 26. Juli 2019

Die französischen Steuerbehörden ersuchten die Schweizer Behörden um Amtshilfe, um an die Angaben französischer UBS-Kunden aus den Jahren 2006 und 2008 zu gelangen. Über konkrete Hinweise, dass die unbekanntes französischen Kontoinhaber Steuern hinterzogen hätten, verfügen die französischen Behörden nicht. Dies und die damalige Rechtslage waren auch der Grund, weshalb das Bundesverwaltungsgericht die Herausgabe der Kundendaten klar untersagt hatte. Mit dem neuen Urteil verpflichtet das Bundesgericht Schweizer Banken zur Lieferung von Kundendaten an ausländische Staaten, selbst wenn diese über keinerlei konkrete Verdachtsmomente verfügen. Dieser Entscheid – unter fragwürdiger Mitwirkung der Schweizer Behörden – stellt sämtliche ausländischen Kunden von Schweizer Banken unter Generalverdacht und schwächt damit unseren Finanzplatz.

Die SVP ist schockiert, dass die eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV) die französischen Behörden beim Ersuchen um Amtshilfe offenbar gar aktiv beraten und unterstützt hat. Einmal mehr scheint es der Schweiz wichtiger als Musterschüler bei internationalen Organisationen wie der OECD dazustehen. Es ist nicht Aufgabe der Schweizer Bundesbehörden, den – durch sozialistische Experimente finanziell marode gewordenen – französischen Staat oder andere Staaten bei ihrem Kreuzzug auf Kosten unseres Finanzplatzes und der dazugehörigen Arbeitsplätze zu unterstützen.

AUGUST

Kriminalität und Gewalt, insbesondere gegen Frauen, hat einen Namen: Nichtintegrierte

Auszug aus der Medienkonferenz vom 13. August 2019

Der Staat kümmert sich viel zu wenig um seine Kernaufgabe: die Erhaltung der freiheitlichen Rechte des Volkes und den Schutz der Menschen vor Verbrechen und Verbrechen. Dies wirkt sich direkt auf das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger aus. Viele fühlen sich nicht mehr sicher in unserem Land: Ältere Leute, aber auch Frauen, Jugendliche, vor allem junge Frauen. Die SVP nimmt dies nicht länger hin. Polizisten und andere Personen, die öffentliche Aufgaben erbringen, müssen besser geschützt werden. Im Rahmen einer Medienkonferenz stellt sie ihr neues sicherheitspolitisches Positionspapier «Kriminalität und Sicherheit» vor.

FDP und CVP verschleiern ihren Bückling vor Brüssel

Auszug aus der Medienmitteilung vom 13. August 2019

Das Komplott der EU-Hörigen ist um ein Kapitel reicher: In einer unheiligen Allianz haben heute FDP, CVP und SP in der Aussenpolitischen Kommission (APK-N) entschieden, dass das Parlament erst nach den Wahlen über die Zahlung der sogenannten Kohäsionsmilliarde an die EU-Ostländer entscheiden soll. Mit der Verschiebung des Geschäfts wollen CVP und FDP ihren Bückling verschleiern und die Tatsache, dass ihr Wort nichts wert ist: Denn beide haben von nie auch nur im Traum daran gedacht, die Zahlung an die EU abzulehnen. Das tut einzig die SVP – und zwar vor und nach den Wahlen.

Die SVP fordert eine echte Senkung der Asylzahlen

Auszug aus der Medienmitteilung vom 15. August 2019

Der Bund vermeldet erneut weniger Asylgesuche. Das ist reine Propaganda, die suggerieren soll, dass sich die Lage entspannt. Das Gegenteil ist der Fall: Trotz weniger Gesuchen explodieren die Kosten. Zudem leben bereits 125'000 Personen aus dem Asylbereich in der Schweiz – das sind 2500 mehr als 2018 und fast so viele wie die Stadt Bern Einwohner hat. Die meisten von ihnen leben auf Kosten der Steuerzahler. Aus diesen Gründen fordert die SVP erneut vehement eine echte Senkung der Asylzahlen. Die Schweiz muss vorläufig Aufgenommene endlich konsequent zurückführen, sobald es die Situation in ihren Herkunftsländern erlaubt.

Verhüllungsverbot: Nur die SVP steht für Schweizer Werte ein!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 21. August 2019

Dass sich die Staatspolitische Kommission des Ständerats (SPK-S) gegen die Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» und für den unbrauchbaren Gegenvorschlag des Bundesrates ausgesprochen hat, hat für die SVP einzig wahltaktische Gründe. Die anderen Parteien haben offensichtlich nicht die Courage für unsere Schweizer Werte wie Freiheit und Sicherheit einzustehen.

Die Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» erhöht die Sicherheit. Sie setzt Saubannerzügen verummter Vandalen und Chaoten, wie sie an Sportanlässen, Demonstrationen oder im Gefolge der 1. Mai-Umzüge regelmässig vorkommen endlich ein Ende. Zudem schützt ein Verhüllungsverbot die in der Schweiz verbrieften Freiheitsrechte der Frauen.

Nur die SVP verhindert eine 10-Millionen-Schweiz

Auszug aus der Medienmitteilung vom 27. August 2019

Jetzt ist es definitiv: Die Schweizer Bevölkerung hat die 8,5 Millionen-Grenze überschritten. Mit ihrer Verklärung der Personenfreizügigkeit und einer verantwortungslosen Asylpolitik sorgen SP, FDP, CVP und Grüne dafür, dass diese masslose Zuwanderung weitergeht und die 10-Millionen-Schweiz wohl schon 2030 Realität wird. Gegensteuer gibt einzig die SVP, die mit der Begrenzungsinitiative die Zuwanderung eigenständig steuern will.

Die SVP begrüsst die Angleichung der Rentenalter

Auszug aus der Medienmitteilung vom 28. August 2019

Die SVP begrüsst zwar dass der Bundesrat in der Botschaft zur AHV-Reform das Rentenalter für Frauen jenem der Männer angleichen will. Dass er den Frauen diesen Schritt mit einer 700 Millionen Franken teuren, sogenannten Ausgleichsmassnahme versüssen will, lehnt die SVP hingegen ab und wird im Parlament entsprechende Anträge stellen. Auch die vorgeschlagene Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,7 Prozent ist für die SVP inakzeptabel.

Stark, geeint und hochmotiviert – die SVP will die Wahlen für die Schweiz gewinnen

Parteifest vom 31. August 2019 in Sattel (SZ)

Grossaufmarsch der SVP in Sattel: Bei schönstem Spätsommer Wetter und grossartiger Stimmung treffen sich weit über 800 Delegierte und Gäste in Sattel (SZ) zum Wahlauftakt und Parteifest der SVP.



Alt Bundesrat Christoph Blocher (ZH) ist mit dabei beim Einmarsch der Treichler ins Festzelt in Sattel (SZ).

Vor weit über 800 begeisterten Delegierten und Gästen bekannten sich die Kandidierenden der SVP aus der ganzen Schweiz zum Freiheitsbund und gaben ihr Wahlversprechen ab – das Versprechen sich auch nach den Wahlen mit aller Kraft für die Sicherheit und Freiheit der Schweiz einzusetzen.



Einmarsch der Treichler ins Festzelt mit weit über 800 begeisterten Delegierten und Gästen in Sattel (SZ).

Derart stark, geeint und von der Basis getragen, tritt die SVP hochmotiviert an, um am 20. Oktober die Wahlen für die Schweiz zu gewinnen.

SEPTEMBER

Die SVP-Fraktion bekämpft die Umverteilungsvorstösse der FDP

Auszug aus der Medienmitteilung vom 3. September 2019

In einer Motion fordert die FDP ein Mobility Pricing für Verkehrsträger, die keine Mineralölsteuer oder andere Abgaben bezahlen. Konkret geht es um Elektro- oder mit Wasserstoff betriebene Fahrzeuge. Die SVP-Fraktion lehnt die Motion einstimmig ab. Dies würde Tür und Tor für eine flächendeckende Verteuerung der Mobilität öffnen, die vor allem den Mittelstand, die Menschen in ländlichen Gebieten und das Gewerbe massiv treffen würde.



V.l.n.r.: Ancien conseiller national Raymond Clottu (NE),
 conseiller national Michaël Buffat (VD),
 ancien conseiller national Roger Golay (GE),
 conseiller fédéral Guy Parmelin (VD) und
 conseillère nationale Céline Amaudruz (GE) am «SVP bi de Lüt».

Im Anschluss an die Sitzung, die im Restaurant Kleefeld in Bern-Bümpliz stattfand, trafen sich die SVP-Fraktion sowie Bundesrat Guy Parmelin mit der Quartierbevölkerung zu einem SVP bi de Lüt.



Herbstsession 2019 (9. – 27. September)

Rückblick auf die vergangene Session aus der Sicht von Fraktionspräsident Thomas Aeschi (ZG) und Fraktions-Vizepräsidentin Céline Amaudruz (GE).



POSITIV

Druck der SVP zeigt Wirkung – Terrorunterstützer wird Schweizerpass entzogen

Zahlreiche Schweizer Doppelbürger haben sich in den vergangenen Jahren dem Islamischen Staat oder anderen islamistischen Terrororganisationen angeschlossen bzw. diese unterstützt. Obwohl die Möglichkeit besteht, haben die Behörden solchen Doppelbürgern die Schweizer Staatsbürgerschaft bisher noch nie entzogen. Mit mehreren Vorstössen forderte die SVP in der Frühjahrssession 2019 die neue Justizministerin Karin Keller-Sutter zum Handeln auf. Dies zeigt nun offenbar Wirkung: Am 11. September 2019 verkündete das Staatssekretariat für Migration, es habe nun erstmals einem wegen Terrorunterstützung verurteilten Doppelbürger den Schweizerpass entzogen. Die SVP wird den Druck auf die Behörden hochhalten.

Vereinfachte Bestandesregulierung von reissenden Wölfen

Nicht nur Wölfe, Bären und Luchse, auch der Biber und andere Wildtiere, die in der Schweiz als ausgerottet galten, kehren wieder in die Schweiz zurück. Was wanderlustigen Städtern gefällt, stellt Landwirte vor Schwierigkeiten. Ihre Nutztiere fallen den Wildtieren brutal zum Opfer und Getreide- sowie Gemüsekulturen werden zerstört. Die bürgerliche Mehrheit im Parlament sah ein, dass der absolute Schutz dieser Wildtiere in einem so dicht besiedelten Land wie der Schweiz gelockert werden muss. So können Wölfe und auch andere geschützte Tiere künftig geschossen werden, wenn durch sie Schaden droht oder um den Bestand zu regulieren.

Neue Kampfflugzeuge für den Schutz der Menschen in der Schweiz vor Gefahren aus der Luft

Ab 2030 erreichen die heutigen Kampfflugzeuge das Ende ihrer Lebensdauer. Steht dann kein Ersatz bereit, kann die Schweizer Bevölkerung nicht mehr vor Gefahren aus der Luft geschützt werden. Eine bürgerliche Allianz hat im Ständerat mit ihrem Entscheid für die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge ein deutliches Signal für einen wirkungsvollen Schutz der Schweizer Bevölkerung vor Gefahren aus der Luft gegeben.

Keine doppelte Belastung der Unternehmen durch horrenden Radio- und Fernsehgebühren

Obwohl mittlerweile jeder Privathaushalt Radio- und TV-Gebühren entrichten muss – selbst wenn kein Radio oder Fernseher vorhanden ist – werden Unternehmen nochmals zur Kasse gebeten. Dieser Doppelbelastung will eine parlamentarische Initiative der SVP – unterstützt von der bürgerlichen Mehrheit im Nationalrat – den Stecker ziehen.

Armeepersonalbestände sichern – Abgänge in den Zivildienst sollen erschwert werden

Obwohl die Bevölkerung weiter wächst, hat die Armee Mühe, die personellen Bestände zu halten. Ein Grund ist die Attraktivität des Zivildienstes: Was einst als Alternative für Militärdienstverweigerer gedacht war, wird heute von Rekruten, Soldaten und selbst Kadern missbraucht, um den Dienst angenehmer zu gestalten. Dem will der Ständerat einen Riegel zu schieben, um die Einsatzfähigkeit der Armee und damit die Sicherheit der Bevölkerung nicht zu gefährden. Der Zivildienst soll neu mindestens 150 Dienstage dauern, egal wie viele Militärdienstage geleistet wurden. Zudem soll der Zivildienst auch für Kader massgeblich länger als die verbleibenden Militärdienstage dauern. Ausserdem soll für den Wechsel aus der Armee in den Zivildienst eine Wartefrist von zwölf Monaten gelten.



Negativ Masslose Zuwanderung soll weitergehen

Nach der krassen Missachtung des Volkswillens und des Willens der Kantone bei der Nicht-Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative, weigert sich das Parlament trotz offensichtlicher Missstände aufgrund der masslosen Zuwanderung, die dringend notwendigen Korrekturen in der Migrationspolitik vorzunehmen. Wegen der grenzenlosen Einwanderung aus der EU ist die Bevölkerung der Schweiz bereits auf über 8,5 Millionen Menschen angeschwollen, die Infrastruktur ist überlastet und ältere Arbeitnehmer werden wegen der Zuwanderung von Billig-EU-Migranten in die Sozialhilfe abgedrängt. Ohne die eigenständige Steuerung der Zuwanderung ist die 10-Millionen-Schweiz bald Realität – mit verheerenden Folgen für unser Land. Doch ausser der SVP empfahlen alle anderen Fraktionen im Nationalrat die Begrenzungsinitiative zur Ablehnung.

Nationalrat zahlt lieber Geld ins Ausland statt für das eigene Volk zu sorgen

Das hart erarbeitete Geld der Schweizer Steuerzahler soll zuerst für die Schweizerinnen und Schweizer verwendet werden, statt ins Ausland überwiesen zu werden. Die SVP stand mit dieser Forderung alleine da. Die Vertreter der übrigen Parteien wollen weiterhin Milliarden ins Ausland zahlen und für die dringend notwendige Sanierung der heimischen Sozialwerke die Bürgerinnen und Bürger zusätzlich zur Kasse bitten. Die SVP wird sich damit nicht zufrieden geben und reichte bei der Bundeskanzlei eine Volksinitiative zur Vorprüfung ein: Aus der Entwicklungshilfe soll jährlich eine Milliarde in die AHV umgeleitet werden.

Radikale Muslime und linke Chaoten sollen sich weiter verhüllen dürfen

Ein wirkungsvolles Verhüllungsverbot wird dringend für mehr Sicherheit in Bezug auf illegale Demonstrationen, Ausschreitungen, aber insbesondere auch in Bezug auf die Terrorgefahr benötigt. Es darf nicht sein, dass die Sicherheit und der soziale Zusammenhalt in der Schweiz wegen einer falschen Toleranz gegenüber fundamentalistischen und frauenfeindlichen Muslimen leiden. Die Mehrheit des Ständerates will gegen den Willen der SVP weiter untätig zusehen, wie Ladengeschäfte von Vermummten eingeschlagen und muslimische Frauen zur Verschleierung gezwungen werden und empfiehlt die Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» zur Ablehnung.

Klimahysterie – Linke und Nette schröpfen den Mittelstand

Schon heute steigen die Bundesausgaben jährlich um Milliarden von Franken an. Nun wollen die Linken und Netten in ihrer Klimahysterie dem Schweizer Mittelstand noch mehr Geld aus der Tasche ziehen. Konkret sollen die Abgaben auf Benzin so-

wie Heizöl steigen und Flugtickets mit einer Klimaabgabe künstlich verteuert werden. Es ist klar wohin uns das langfristig führt: Die Mieten werden steigen und bald werden sich nur noch Reiche das Reisen leisten können. Zudem verliert die Schweiz als Wirtschaftsstandort an Attraktivität und Arbeitsplätze werden in jene Länder verlagert, wo günstiger produziert werden kann. Nachdem die FDP in Sachen Klimapolitik ins linksgrüne Lager gewechselt hat, war die SVP die einzige Fraktion, die gegen diese desaströsen Massnahmen ankämpfte.

Staatlich verordneter Vaterschaftsurlaub

Wer Kinder in die Welt setzt, hat sich um diese zu kümmern. Eine Mehrheit im Parlament ist der Überzeugung, dass Staat und Allgemeinheit sich auch in diesen Lebensbereich einmischen sollen. Zwar empfahlen National- und Ständerat eine Volksinitiative, die einen vierwöchigen Vaterschaftsurlaub fordert, zur Ablehnung. Doch gleichzeitig genehmigte die Bundesversammlung gegen den Willen der SVP einen indirekten Gegenvorschlag für zwei Wochen bezahlten Vaterschaftsurlaub. Kostenpunkt: 229 Millionen Franken pro Jahr, finanziert über höhere Lohnabzüge aller Arbeitstätigen in diesem Land.

SP, FDP, CVP, GLP, BDP und Grüne wollen eine 10-Millionen-Schweiz

Auszug aus der Medienmitteilung vom 10. September 2019

In der Schweiz leben schon über 8,5 Millionen Menschen. Dies entspricht einem Bevölkerungswachstum von 1 Million Menschen in elf Jahren. Ohne eine Begrenzung der Zuwanderung ist die 10-Millionen-Schweiz bald Realität – mit verheerenden Folgen für unser Land. Die Begrenzungsinitiative sorgt dafür, dass die Schweiz die Einwanderung wieder eigenständig steuern kann. Der Nationalrat behandelt die Volksinitiative am 16. September. Aus Sicht der SVP-Fraktion ist sie einstimmig anzunehmen. Der Bundesrat und alle anderen Fraktionen lehnen sie jedoch ab – sie wollen lieber eine 10-Millionen-Schweiz als die Zuwanderung kontrollieren.

Die SVP-Fraktion sagt klar Ja zur Verhüllungsverbots-Initiative

Auszug aus der Medienmitteilung vom 17. September 2019

Die Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» erhöht die Sicherheit. Weil sie die Gesichtsverhüllung im öffentlichen Raum verbieten will, würde sie Saubannerzügen vermummter Vandalen und Chaoten, wie sie an Sportanlässen, Demonstrationen oder im Gefolge der 1. Mai-Umzüge regelmässig vorkommen, endlich ein Ende setzen. Weil die Initiative zudem den Zwang zur Gesichtsverhüllung unter Strafe stellen will, schützt sie die in der Schweiz verbrieften Freiheitsrechte der Frauen. Die Schweiz ist der Tradition der Freiheit verpflichtet. Freie Menschen – Frauen und Männer – blicken einander ins Gesicht, wenn sie miteinander sprechen.

An ihrer Sitzung hat sich die Fraktion der SVP einstimmig für die Volksinitiative „Ja zum Verhüllungsverbot“ ausgesprochen, da diese mehr Sicherheit bringt. Den Gegenvorschlag des Bundesrates erachtet die Fraktion hingegen als unbrauchbar und lehnt ihn daher klar ab.

Die Forderungen der SVP gegen die Auswüchse und Schikanen im Strassenverkehr

Auszug aus der Medienmitteilung vom 24. September 2019

Die SVP lässt ihren Worten Taten folgen: Wie im Mai anlässlich der Pressekonferenz «Kampf den Staus, Schikanen und höheren Abgaben im Strassenverkehr» angekündigt, hat die SVP-Fraktion zahlreiche Vorstösse im Bundesparlament eingereicht. Diese reichen von der Forderung nach einer Senkung der Mineralölsteuer, dem Verzicht auf Mobility Pricing bis hin zu einem Massnahmenpaket gegen aggressive Velofahrer. Nachfolgend eine Auswahl der Vorstösse.

Einzig die SVP setzt sich für mehr Sicherheit und einen echten Schutz der Frauen vor Gewalt ein

Auszug aus der Medienmitteilung vom 26. September 2019

Die SVP ist konsterniert, dass der Ständerat die wirksame Initiative «Ja zum Verhüllungsverbot» ablehnt und dem untauglichen Gegenvorschlag des Bundesrates zustimmt. Die Volksinitiative bringt nicht nur mehr Sicherheit, sondern schützt gleichzeitig auch die Rechte der Frauen. Um einen effizienten Schutz der Frauen vor Gewalt geht es auch in den beiden Motionen, die SVP-Nationalrätin Therese Schläpfer (ZH) in dieser Herbstsession eingereicht hat. Auch Kinderehen, wie sie in der Schweiz jedes Jahr zu Hunderten vorkommen, müssen konsequent bekämpft werden. In einer weiteren Motion fordert Therese Schläpfer, die Rechtsgrundlagen seien dahingehend zu ergänzen, dass bei Eheschliessungen, bei denen der Ehepartner weniger als 16 Jahre alt ist, von Gesetzes wegen vermutet werden muss, dass der Straftatbestand der Zwangsheirat erfüllt ist.

OKTOBER

Schweizer Arbeitsplätze in Gefahr – wie Linke und Nette die Schweiz kaputt machen

Auszug aus der Medienkonferenz vom 1. Oktober 2019

An einer Pressekonferenz stellt die SVP ihr neues Positionspapier «Arbeitsplätze in der Schweiz erhalten» vor und fordert die SVP dringend ein Revitalisierungsprogramm für den Erhalt von Arbeitsplätzen in der Schweiz. Politische Spannungen und Krisen lösen einen weltweiten Wirtschaftsabschwung aus, der auch die Schweiz erfasst. Zudem drohen uns durch neue internationale Besteuerungsregeln Steuerausfälle in Milliardenhöhe. Doch auch von innen wirken zerstörerische Kräfte: Trotz der schlechten Lage schmeissen die Linken und Grünen aller Parteien mit Steuergeldern um sich und ersticken mit ihrem Regulierungswahn die Schweizer Wirtschaft

Ziel übertroffen: Über 1000 Wahlbotschafterinnen und -botschafter engagieren sich für die Schweiz!

Auszug aus der Medienmitteilung vom 4. Oktober 2019



Es ist eine Stärke der SVP, nahe bei den Leuten zu sein, den Puls der Bevölkerung zu spüren. Wir bringen Lösungen, die eine Mehrheit in Bevölkerung und Kantonen unterstützt. Im Wahlkampf wird deutlich, dass die SVP auf eine breite und engagierte Basis zählen kann: Aktuell sind über 1000 Wahlbotschafterinnen und -botschafter für die SVP und damit für die Schweiz unterwegs und motivieren die Bürgerinnen und Bürger im direkten Gespräch dazu, am 20. Oktober an die Urne zu gehen.

Nur die SVP setzt sich für ein Verhüllungsverbot ein

Auszug aus der Medienmitteilung vom 11. Oktober 2019

Die Staatspolitische Kommission (SPK) des Nationalrats beriet an ihrer Sitzung die Volksinitiative für ein Verhüllungsverbot und den Gegenvorschlag des Bundesrates. Mit 13 zu 9 Stimmen bei 3 Enthaltungen empfiehlt sie die Initiative zur Ablehnung. Die übrigen Parteien, die damit prahlen, sich für Toleranz, eine offene Gesellschaft und auch für die Rechte der Frauen einzusetzen, legen wie so oft eine falsche Toleranz an den Tag. Offenbar liegt ihnen die freiheitliche Ordnung der Schweiz nicht am Herzen. Dank der direkten Demokratie werden Volk und Kantone über diese Frage entscheiden können. Die SVP ist zuversichtlich, dass dieser Entscheid richtig ausfallen wird.

Wahlen 2019: Klarer Auftrag an die SVP

Medienmitteilung vom 20. Oktober 2019

Die Schweizerinnen und Schweizer haben der SVP heute – trotz Wähleranteilverlust von 3.8% – erneut ihr Vertrauen geschenkt und sie zum sechsten Mal zur mit Abstand stärksten Partei der Schweiz gewählt. Sie ist sich der damit einhergehenden Verantwortung für das Land bewusst. Als erneut stärkste Partei des Landes wird sie sich ohne Wenn und Aber zum Wohle der Schweiz einsetzen. Entschieden wird sie sich gegen die bevorstehenden Anfeindungen der Schweiz zur Wehr setzen und sich für die Unabhängigkeit, Freiheit und Sicherheit des Landes einsetzen. Sie kämpft gegen die Abzockerei der Bürger durch Benzin- und Heizölpreiserhöhungen, für die Begrenzung der Zuwanderung und für die Bekämpfung des Asyl- und Sozialhilfemissbrauchs.



Für die SVP ist es Auftrag und eine Selbstverständlichkeit, sich in der kommenden Legislatur geschlossen gegen ein institutionelles Abkommen einzusetzen, bei welchem die Schweiz zwingend EU-Recht übernehmen muss und fremden Richtern unterstellt wird. Bereits im nächsten Frühjahr kann das Volk dank der SVP-Begrenzungsinitiative erneut über die masslose Einwanderung und die mit ihr einhergehende Zubetonierung des Landes und die dringend notwendige eigenständige Kontrolle der Grenzen abstimmen. Die SVP setzt sich weiter für das Portemonnaie und damit die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger ein. Nebst der Bekämpfung des Sozial- und Asylmissbrauchs auf Kosten der Steuerzahler wird sie jegliche weitere Erhöhung von Benzinpreisen und Verbote von Ölheizungen usw. bekämpfen. Solch wichtige Weichenstellungen dürfen nicht alleine im Parlament entschieden werden. Die SVP wird sie deshalb mit Referenden vors Volk bringen.

Die SVP ist seit 20 Jahren die wählerstärkste Partei der Schweiz. Die heutigen Verluste von 3.8% sind unschön, aber verkraftbar. 1963 gelang es letztmals einer anderen Partei, mehr als 25 Wählerprozent zu erreichen – und zwar der SP, die heute bei 16.8% (2015: 18.8%) liegt und ihr schlechtestes Resultat in den letzten 100 Jahren erzielt hat. Die FDP hat trotz dem Zusammenschluss mit den Liberalen in den letzten 20 Jahren nie mehr einen Wähleranteil von 20% oder mehr erreicht bzw. liegt aktuell näher bei 15%. Die 12 Sitzverluste der SVP im Nationalrat sind für die Parlamentsarbeit schmerzhaft. Aber diese liegen nach dem rekordhohen Wähleranteil von 2015 im üblichen Bereich. Vor vier Jahren hat die SVP mit viel Proporzglück und einem um 2.8% höheren Wähleranteil 11 zusätzliche Mandate geholt, nachdem sie 2011 8 Sitze (bei -2.3% Wähleranteil) verloren hatte.

Bei den bevorstehenden Gesamterneuerungswahlen des Bundesrates vom 11. Dezember 2019 hält die SVP als grösste Partei an ihrem Anspruch auf zwei Sitze zur Stabilität des Landes fest und wird mit ihren bewährten Bundesräten Ueli Maurer und Guy Parmelin antreten.

Wegen der masslosen Zuwanderung: Schon ab 46 Jahren steigt das Sozialhilferisiko

Auszug aus der Medienmitteilung vom 22. Oktober 2019

Die neue Erkenntnis der Städteinitiative Sozialpolitik ist erschreckend: Inzwischen werden bereits 46-jährige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zunehmend in die Sozialhilfe abgeschoben. Gemäss dem heute publizierten Bericht hat sich das Sozialhilferisiko bei den 46- bis 55-Jährigen in den letzten 10 Jahren von 4,9 auf 5,7 Prozent deutlich erhöht.

Zum Erhalt unserer Sozialwerke und nicht zuletzt zum Erhalt des sozialen Friedens in unserem Land fordert die SVP, dass die Schweiz die Zuwanderung endlich wieder selber und nach ihren eigenen Bedürfnissen steuert. Dank der SVP kann die Schweizer Stimmbevölkerung diese Frage mit der Begrenzungsinitiative voraussichtlich bereits in sieben Monaten, am 17. Mai 2020, an der Urne selber entscheiden.

NOVEMBER

Der SVP-Vorstand unterstützt ein allfälliges Referendum gegen den Vaterschaftsurlaub

Auszug aus der Medienmitteilung vom 1. November 2019

An seiner heutigen Sitzung in Glattfelden (ZH) hat der Vorstand der SVP Schweiz entschieden, ein allfälliges Referendumskomitee gegen den staatlich verordneten und von der Allgemeinheit zu finanzierenden Vaterschaftsurlaub zu unterstützen. Zudem hat der Vorstand Bilanz zu den eidgenössischen Wahlen 2019 gezogen sowie im Hinblick auf die Abstimmung vom nächsten Februar die Parolenempfehlungen zuhanden der nächsten stattfindenden Delegiertenversammlung verabschiedet.

SVP-Delegierte sagen Nein zur Wohnungs-Initiative und zum Zensurartikel Delegiertenversammlung vom 2. November 2019 in Gossau (SG)



Nach einer Analyse der eidgenössischen Wahlen 2019 fassen die Delegierten die Parolen für die nächsten Abstimmungen.

Insgesamt 500 SVP-Delegierte und Gäste haben sich zur Parteiversammlung in Niederglatt (ZH) getroffen. Nach einer kritischen Analyse der eidgenössischen Wahlen haben sie die Parolen für die Volksabstimmung vom 9. Februar 2020 gefasst. Die Delegierten sagen mit 334 zu 2 Stimmen bei 2 Enthaltungen Nein zur Volksinitiative „Mehr bezahlbare Wohnungen“ und einstimmig Nein zur Ausweitung der Antirassismustrafnorm. Damit folgten sie der Empfehlung des Vorstandes der SVP Schweiz.

Wie vorausgesagt, stimmen FDP und CVP der Milliardenzahlung an die EU kurz nach den Wahlen zu

Auszug aus der Medienmitteilung vom 12. November 2019

Im August verschoben FDP, CVP und SP in der Aussenpolitischen Kommission (APK-N) mit fadenscheinigen Argumenten und der Forderung nach zusätzlichen Abklärungen die Debatte zur Zahlung der sogenannten Kohäsionsmilliarde an die EU-Ostländer. Dies mit dem klaren Ziel, vor den Wahlen nicht Farbe bekennen zu müssen und die Zahlung der 1,3 Milliarden Franken nach den Wahlen heimlich durchzuwinken. Eine himmeltraurige Täuschung der Wählerinnen und Wähler, welche die SVP publik machte. Der nun getroffene Entscheid der APK-N bestätigt die schlimmsten Befürchtungen: Nur drei Wochen nach den Wahlen stimmen FDP und CVP dem Geschäft zu.

Linke wollen die Steuerzahler rupfen wie Weihnachtsgänse

Auszug aus der Medienmitteilung vom 15. November 2019

Der linke Wahlsieg kommt den hart arbeitenden und Steuern zahlenden Schweizer Mittelstand noch teuer zu stehen. Denn er soll nicht nur eine Überbrückungsrente für ältere Arbeitslose und einen staatlich verordneten zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub bezahlen. Geht es nach dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB), dann sollen die Steuerzahler künftig wie Weihnachtsgänse gerupft werden. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) will mit der Giesskanne Geld verteilen und stellt dafür einen Forderungskatalog auf – angeblich zur Stärkung der Kaufkraft des Mittelstandes. So fordert der SGB nicht nur einen Ausbau des Betreuungsangebotes, sondern auch höhere Familienzulagen, mehr Prämienvergünstigungen und vieles mehr. Bezahlen soll einmal mehr der Steuerzahler, vor allem der Mittelstand.

Die SVP hält an der Konkordanz und damit an der heutigen Sitzverteilung im Bundesrat fest

Auszug aus der Medienmitteilung vom 22. November 2019

Im Hinblick auf die bevorstehenden Bundesratswahlen hat die SVP-Fraktion ihre beiden Regierungsvertreter, Bundespräsident Ueli Maurer und Bundesrat Guy Parmelin, die beide sehr gute Arbeit leisten, einstimmig zur Wiederwahl nominiert. Die SVP ist erfreut, dass sich die beiden bisherigen Bundesräte, mit ihrem jeweils ausgezeichneten Leistungsausweis, wieder zur Verfügung stellen. Die SVP stellt sich hinter die Konkordanz der heutigen vier Regierungsparteien – sofern sich die anderen Regierungsparteien ebenfalls daran halten. Ob die Grüne Partei nach dem erstmaligen Wahlerfolg im Bundesrat vertreten sein sollte, ist frühestens bei den nächsten Gesamterneuerungswahlen zu entscheiden, sofern sich die Wählerstärke der Grünen in vier Jahren bestätigt.

Die SVP-Fraktion nominierte in ihrer Sitzung zudem Nationalrat Andreas Aebi (BE) als Kandidaten für das 1. Vizepräsidium des Nationalrates. Er obsiegte mit 37 Stimmen gegen seine Mitbewerber, die Nationalräte Thomas Hurter (SH) und Christian

Imark (SO), die 19, respektive 14 Stimmen der Fraktion erhielten. Fürs 1. Vizepräsidium des Ständerates nominierte die SVP-Fraktion in stiller Wahl Ständerat Alex Kuprecht (SZ).

Das massive Wachstum der Bundesverwaltung muss gestoppt werden

Auszug aus der Medienmitteilung vom 23. November 2019

Im Hinblick auf die Wintersession hat die SVP-Fraktion das Budget 2020 verabschiedet. Dank der SVP waren in der vorberatenden Kommission etliche Sparanträge erfolgreich. Gleichzeitig überwies die Kommission eine Motion, wonach die Personalausgaben des Bundes den Betrag von 6 Milliarden Franken nicht überschreiten dürfen. Der Wachstumsstopp ist dringend nötig: Allein in den letzten fünf Jahren sind die Personalkosten des Bundes um rund 1,5 Milliarden Franken gestiegen.

Nur die SVP kämpft gegen die Abschiebung von älteren Arbeitnehmenden in die Sozialwerke

Auszug aus der Medienmitteilung vom 25. November 2019

Dass die Sozialkommission des Ständerates (SGK-S) den vom Bundesrat vorgeschlagenen Überbrückungsleistungen (ÜL) zustimmt, ist unverständlich. Zumal diese den älteren Arbeitnehmenden, die durch junge, billige ausländische Arbeitskräfte ersetzt werden, erwiesenermassen schaden. Statt die Probleme zu lösen, indem er die Zuwanderung endlich eigenständig steuert, will der Bundesrat lieber ein neues, teures Sozialwerk ins Leben rufen und noch mehr ältere Menschen in die Sozialwerke abschieben. Deshalb bekämpft die SVP als einzige Bundeshausfraktion entschieden die neue Rente – sowohl in den Sozialkommissionen als auch später im Parlament.

DEZEMBER

Die SVP fordert Massnahmen für die Sicherheit der Menschen in den Grenzregionen und eine PUK

Auszug aus der Medienmitteilung vom 3. Dezember 2019

Die Menschen in den Grenzregionen leiden unter der brutalen Kriminalität, die wegen der offenen Grenzen fast täglich in die Schweiz schwappt. Die SVP-Fraktion fordert in einem dringlichen Vorstoss vom Bundesrat, dass er seine Kernaufgabe wahrnimmt und aufzeigt, wie er die Menschen in der Schweiz schützen will. Beim Dossier der Hochseeschiffahrt fordert die SVP-Fraktion zudem eine parlamentarische Untersuchungskommission (PUK).

Die SVP ist konsterniert über die Zustimmung der EU-hörigen Mehrheit des Nationalrates zur sogenannten Kohäsionsmilliarde an die EU. Die Bezahlung der Milliarde wurde unter Restriktion der Aufhebung der Diskriminierung der Schweiz beschlossen. Konkret geht es der Mehrheit des Nationalrates dabei um die Börsenäquivalenz. Das ist reine Augenwischerei. Tatsächlich diskriminiert die EU die Schweiz in viel mehr Bereichen. So bei den Stahlimporten, bei der Besteuerung von Grenzgängern, oder bald bei den Importen von Medizinalprodukten. Zudem verweigert Brüssel Verhandlungen über die Personenfreizügigkeit, obwohl es vertraglich dazu verpflichtet wäre.



Wintersession 2019 (2. Dezember 2019 – 20. Dezember 2019)

Rückblick auf die vergangene Session aus der Sicht von Fraktionspräsident Thomas Aeschi (ZG) und Fraktions-Vizepräsidentin Céline Amaudruz (GE).



POSITIV

SVP übernimmt Vizepräsidium in National- und Ständerat

Der Berner Nationalrat Andreas Aebi und der Schwyzer Ständerat Alex Kuprecht übernehmen für 2019/2020 das 1. Vizepräsidium ihres jeweiligen Rates. Sie wurden beide am ersten Sessionstag mit Glanzresultaten gewählt. Die SVP-Fraktion gratuliert herzlich.

Neue Kampfflugzeuge für den Schutz der Menschen vor Gefahren aus der Luft

National- und Ständerat sprachen sich für einen Kredit über 6 Milliarden Franken für die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge aus. Damit setzt die noch immer bürgerliche Mehrheit im Parlament mit geschlossener Unterstützung der SVP ein klares Zeichen, dass die Schweiz auch künftig eine angemessen ausgerüstete Luftwaffe für den Schutz vor Bedrohungen aus der Luft haben soll. Der Betrag wird zu 60% über sogenannte Offsetgeschäfte, d.h. mittels Aufträge für Firmen im Inland, kompensiert. Die links-grünen Armeeabschafter haben bereits das Referendum angekündigt.

Keine Abrisspflicht ausserhalb der Bauzone

Der Nationalrat trat dank Unterstützung der SVP nicht auf den Vorschlag des Bundesrates ein, mit dem dieser das Bauen ausserhalb der Bauzonen regulieren wollte. Dieser sah unter anderem vor, dass eine Baubewilligung für einen nicht zonenkonformen Bau nur dann erteilt werden darf, wenn gleichzeitig Kompensations- und Aufwertungsmassnahmen ergriffen werden. Zum Beispiel hätte ein Bergrestaurant erweitert werden können, wenn im gleichen Gebiet ein störendes, nicht mehr genutztes Gebäude abgebrochen wird. Wäre kein solches Ausgleichsobjekt vorhanden gewesen, hätte die Baubewilligung nicht erteilt werden können. Dieser praxisfremde Vorschlag ist nun vom Tisch.

Offensive zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Schweiz

Statt auf Druck der Grosskonzerne gegenüber der EU ständig den Bückling zu machen, sollte die Schweiz besser ihre eigene Attraktivität als Wirtschaftsstandort stärken und die Abhängigkeit von der EU als Exportmarkt verringern. So will es ein Vorstoss der SVP, der vom Bundesrat ein umfassendes Revitalisierungspaket verlangt, und nun in beiden Kammern diskussionslos angenommen wurde.

Parlament sichert Schweizer Arbeitsplätze und pfeift Bundesrat zurück

Gleich mehrere Vorstösse zum Fall der PILATUS Flugzeugwerke wurden von National- und Ständerat in der Wintersession angenommen. Vor einigen Monaten untersagten die Bundesbehörden der Nidwaldner Unternehmung, nach Saudi-Arabien exportierte Flugzeuge weiter zu unterhalten, obwohl deren Export vor einigen Jahren noch bewilligt worden war. Das Parlament fordert nun, dass Schweizer Unternehmen mehr Rechtssicherheit erhalten und keine Arbeitsplätze gefährdet werden.

Marschhalt beim E-Voting

Endlich setzt sich auch in Bundesbern die Einsicht durch, dass E-Voting nicht nur unnötig, sondern aufgrund der ungelösten Sicherheitsprobleme auch eine Gefahr für das Vertrauen in die Abstimmungsergebnisse unserer direkten Demokratie darstellt. So nahm der Nationalrat eine Initiative von alt SVP-Nationalrat Claudio Zanetti an, der einen Marschhalt fordert, und E-Voting-Projekte erst dann wieder gestattet, wenn sichere Systeme entwickelt wurden.



Also doch: Parlament sagt Ja zur Kohäsionsmilliarde

Vor den Wahlen zierten sich FDP, CVP, SP und die Grünen noch. Sie hatten nicht den Mut, die sogenannte Kohäsionsmilliarde zu bewilligen und zu ihrem pro-EU-Kurs zu stehen. Kaum sind die Wahlen vorbei, sind die Hemmungen verschwunden. Das Parlament genehmigte die Ostmilliarde unter der Voraussetzung, dass die EU die Schweizer Börse wieder als gleichwertig anerkennt.

Bundesrat tut nichts gegen grenzüberschreitende Kriminalität

In Grenzregionen häufen sich gewalttätige Straftaten. Von Angriffen auf Frauen, brutalen Raubüberfällen auf Geldtransporter und Bankomaten, Einbruchserien oder umherstreifenden, bewaffneten Jugendbanden wird berichtet. Die SVP-Fraktion nimmt die Sorgen der Bevölkerung ernst und lancierte im Nationalrat eine aktuelle Debatte zum Thema. Doch für den Bundesrat ist das alles nur halb so schlimm. Er sieht schlicht keinen Handlungsbedarf. Darum doppelte die SVP mit einer Motion nach und fordert ein umfassendes Massnahmenpaket zur besseren Sicherung der Landesgrenze.

Nationalrat verabschiedet unwirksamen Gegenvorschlag zum Verhüllungsverbot

Mehrere Kantone kennen bereits ein Verbot, das Gesicht zu verhüllen, um gegen Chaoten und fundamentalistisch-religöse Strömungen vorzugehen. Eine eidgenössische Volksinitiative aus SVP-nahen Kreisen verlangt ein schweizweites Verbot. Doch anstatt der Initiative zuzustimmen und damit die liberale Gesellschaftsordnung der Schweiz zu verteidigen, verabschiedeten Bundesrat und Parlament gegen den Willen der SVP einen untauglichen Gegenvorschlag. So soll lediglich eine Pflicht ins Gesetz

geschrieben werden, dass das Gesicht gezeigt werden soll, wer sich gegenüber Behörden identifizieren muss. Angetrieben durch die Linke wurde diese überflüssige – weil längst schon anderweitig geregelte – Verpflichtung noch mit einigen Bestimmungen zur Gleichstellung von Frau und Mann vermischt.

Statt Zuwanderung zu begrenzen schafft Ständerat eine Überbrückungsleistung

Die unbegrenzte Zuwanderung aus der EU führt dazu, dass immer mehr ältere Menschen von ausländischen Billigarbeitern in die Arbeitslosigkeit und schliesslich in die Sozialhilfe abgedrängt werden. Was für die SVP schon längst offensichtlich ist, wurde nun endlich auch vom Bundesrat und den übrigen Parteien erkannt. Doch anstatt das Problem an der Wurzel zu packen und der Begrenzungsinitiative zuzustimmen, um die Personenfreizügigkeit mit der EU zu beenden, wollen diese die Symptome lieber mit Steuergeldern überdecken. So stimmte der Ständerat der Schaffung von Überbrückungsleistungen im Umfang von jährlich mehreren hundert Millionen Franken für Arbeitslose vor der Pensionierung zu. Und das, obwohl weder die Finanzierungsprobleme der AHV noch der Pensionskassen gelöst sind.

Bundesverwaltung wird weiter aufgebläht

«Spare in der Zeit, so hast du in der Not.» Doch das neugewählte Parlament meint, sich über diese alte Weisheit hinwegsetzen zu müssen. Die dank der guten Wirtschaftslage sprudelnden Steuereinnahmen verlockten dazu, das mittlerweile über 75 Milliarden teure Bundesbudget gar noch weiter aufzustocken. Immerhin fanden doch noch einige SVP-Anträge eine Mehrheit, beispielsweise die Kürzung der Betriebsausgaben für Bundesasylzentren und der Sozialhilfe für Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene und Flüchtlinge. Ärgerlich ist jedoch, dass nicht nur die Anzahl der Bundesangestellten ungebremselt weiter wächst, auch deren Löhne werden angehoben, obwohl viele in der Privatwirtschaft erneut mit keiner Erhöhung rechnen dürfen. Dies war mitunter der Grund, warum die SVP dem Voranschlag eine Abfuhr erteilte.

Die SVP steht zur Konkordanz und wählt alle bisherigen Bundesräte

Auszug aus der Medienmitteilung vom 10. Dezember 2019

Die SVP-Bundeshausfraktion hat bereits am 22. November ihre beiden erfolgreichen bisherigen Bundesräte Ueli Maurer und Guy Parmelin für die Bundesratswahlen nominiert. Hinsichtlich der anderen fünf Bundesratssitze, hat sich die SVP-Fraktion in ihrer Sitzung klar zur Konkordanz der aktuellen vier Regierungsparteien und damit zu Stabilität und Kontinuität bekannt. Die SVP-Fraktion hat einstimmig beschlossen, bei der Gesamterneuerungswahl alle bisherigen Regierungsmitglieder zu wählen. Zudem unterstützt die SVP-Fraktion die Wahl von Simonetta Sommaruga zur Bundespräsidentin sowie die Wahl von Guy Parmelin zum Vizepräsidenten.

Angriffe auf Frauen, Raubüberfälle auf Geldtransporter und Einbruchserien: Die Menschen in den Grenzregionen Genf, Tessin, in der Ostschweiz, im Jura, in der Waadt und in anderen Regionen leiden unter der grenzübergreifenden Kriminalität. Dank der SVP-Fraktion und mit der Unterstützung zahlreicher FDP- und CVP-Nationalrätinnen und –räte findet am 18. Dezember im Nationalrat eine dringliche Debatte zur Sicherheit in den Grenzregionen statt. Dabei muss der Bundesrat aufzeigen, mit welchen Massnahmen er den Schutz der Menschen in der Schweiz gewährleisten will.

Mobility Pricing: Bundesrat will Autofahren nur noch Reichen ermöglichen
Auszug aus der Medienmitteilung vom 13. Dezember 2019

Jetzt kommt es knüppeldick für Autofahrerinnen und Autofahrer. Bestehende Steuern und Abgaben im Strassenverkehr sollen durch eine leistungsabhängige Abgabe abgelöst werden. Das bedeutet: Wer viel fährt, bezahlt. Wer Glück hat und in einer Stadt oder Agglomeration mit ausgebautem öffentlichem Verkehr wohnt, kann den Mehrkosten ein Stück weit ausweichen. Zwar soll Mobility Pricing auch im ÖV eingeführt werden, aber natürlich mit reduzierteren Ansätzen als bei Autofahrenden. Verkehrsprobleme löst man nicht, indem die Mobilität für die Bevölkerung und die Gewerbetreibenden derart verteuert wird, dass sie sich nur noch Reiche leisten können, sondern indem man die Verkehrsinfrastruktur der Bevölkerungszahl anpasst und nötigenfalls halt die Zuwanderung bremst. Mobility Pricing führt definitiv zu einer Zweiklassen-Gesellschaft auf der Strasse. Die SVP wird sich dagegen wehren. Über politische Entscheide dieser Tragweite muss das Stimmvolk an der Urne entscheiden.

Untätiger Bundesrat: Die SVP fordert endlich Massnahmen gegen die brutale grenzüberschreitende Kriminalität

Auszug aus der Medienmitteilung vom 18. Dezember 2019

Schengen – das EU-Prinzip der offenen Grenzen hat den Menschen in der Schweiz nicht mehr Sicherheit, sondern mehr brutale Kriminalität gebracht. Darunter leiden vor allem die Menschen in den Grenzregionen. Statt konkret mehr für ihren Schutz zu tun, steckt der Bundesrat getreu nach dem Motto „es kann nicht sein, was nicht sein darf“ den Kopf in den Sand und bestreitet eine Verschlechterung der Sicherheitslage. Die SVP ist ob dieser Haltung konsterniert und kämpft mit einem neuen Vorstoss für mehr Sicherheit.

SVP Schweiz bedauert den Entscheid von Albert Rösti, sich nicht mehr für eine weitere Amtsdauer zur Verfügung zu stellen und als Parteipräsident zurückzutreten.

Auszug aus der Medienmitteilung vom 22. Dezember 2019



Parteipräsident und Nationalrat Albert Rösti gibt seinen Rücktritt bekannt.

Die SVP Schweiz hat mit grossem Bedauern vom Rücktritt ihres Präsidenten Albert Rösti Kenntnis genommen. Sie dankt Albert Rösti für seine grossen Verdienste für die Partei. Der Parteileitungsausschuss bestimmt im neuen Jahr das weitere Vorgehen. Über seine Nachfolge soll die ordentliche Delegiertenversammlung vom 28. März 2020 entscheiden.

2. VORSTÖSSE AUS DER SVP-FRAKTION

Aus den Reihen der SVP-Bundeshausfraktion sind im Berichtsjahr 188 Fragen für die Fragestunde, 177 Interpellationen, 136 Motionen, 26 Parlamentarische Initiativen, 26 Anfragen und 19 Postulate eingereicht worden.

Die SVP-Fraktion hat im Berichtsjahr 7 Motionen, 9 Interpellationen und 2 Parlamentarische Initiativen eingereicht.

Die komplette Übersicht über die Vorstösse ist im Internet unter www.parlament.ch (Curia Vista, [Geschäftsdatenbank](#)) nach Fraktion, einzelnen Ratsmitgliedern, Datum oder Thema abrufbar.

2.1 Positionspapiere der SVP

Im Jahr 2019 hat die SVP folgende **Positionspapiere und Argumentarien** veröffentlicht:

- Positionspapier der SVP zur Eidg. Landwirtschaftspolitik: Darum braucht die Schweiz eine produzierende Landwirtschaft
- Positionspapier der SVP zur Zersiedelung: Siedlungsentwicklung
- Positionspapier der SVP zur Eidg. Verkehrspolitik: Kampf den Staus, Schikanen und höheren Abgaben im Strassenverkehr
- Positionspapier der SVP: Stopp dem links-grünen Raubzug auf den Mittelstand
- Positionspapier der SVP zur Eidg. Sicherheitspolitik: Kriminalität hat einen Namen: Die masslose Zuwanderung
- Kurzpositionspapier der SVP: Arbeitsplätze in der Schweiz in Gefahr - Wie Linke und Nette die Schweiz kaputt machen

Die Positionspapiere sind auf der Webseite der SVP Schweiz (unter Partei>Positionen>[Positionspapiere](#)) abrufbar.

2.2 Vernehmlassungsantworten der SVP

Im Jahr 2019 hat die SVP an **87 Vernehmlassungsverfahren** mitgewirkt:

- Änderung von Artikel 1 IRSG – Lückenschliessung bei der Zusammenarbeit mit internationalen Strafinstitutionen
- Änderung der Verkehrsregeln und Signalisationsvorschriften Vernehmlassungsantwort der Schweizerischen Volkspartei (SVP)
- Ausführungsrecht zum Gesundheitsberufegesetz (GesBG) vom 30. September 2016, Teilrevision der Medizinalberufeverordnung, Registerverordnung MedBG, Psychologieberufeverordnung, Registerverordnung PsyG.
- Teilrevision der Aussenlandeverordnung AuLaV
- Revision des Stromversorgungsgesetzes (volle Strommarktöffnung, Speicherreserve und Modernisierung der Netzregulierung)
- Finanzdienstleistungsverordnung (FIDLEV), Finanzinstitutsverordnung (FINIV), Aufsichtsorganisationenverordnung (AOV)
- Arbeitslosenversicherungsgesetz: Anpassungen zur administrativen Entlastung: Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

- 16.452 n Pa. Iv. Röstli. Ausbau der Wasserkraft zur Stromerzeugung und Stromspeicherung. Anpassung der Umweltverträglichkeitsprüfung
- Teilrevision der Waffenverordnung zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2017/853 zur Änderung der EU-Waffenrichtlinie.
- 18.441 Parlamentarische Initiative. Indirekter Gegenentwurf zur Vaterschaftsurlaubsinitiative.
- 16.411 Parlamentarische Initiative. Für den Persönlichkeitsschutz auch in der Aufsicht über die Krankenversicherung.
- Totalrevision der Verordnung über das Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz (VISOS)
- Revision der Stilllegungs- und Entsorgungsfondsverordnung (SEFV)
- Stellungnahme: Untragbares Institutionelles Abkommen mit der EU
- Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG)
- Agrarpolitik ab 2022
- Änderung ETH-Gesetz
- Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanz-konten mit weiteren Partnerstaaten ab 2020/2021
- Multimodale Mobilitätsdienstleistungen
- Aufhebung der Industriezölle: Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens
- EHB-Gesetz
- Institutionelles Rahmenabkommen mit der EU: Eröffnung des Anhörungsverfahrens
- Bundesgesetz über die Genehmigung von Freihandelsabkommen: Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens
- Änderung des Bundesgesetzes über die politischen Rechte (Überführung der elektronischen Stimmabgabe in den ordentlichen Betrieb)
- 16.403 s Pa.Iv. Familiennachzug. Gleiche Regelung für Schutzbedürftige wie für vorläufig Aufgenommene – Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens
- Sachplan Fruchtfolgeflächen (FFF)
- Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS).
- Bundesgesetz über die Erstellung elektronischer öffentlicher Urkunden und elektronischer Beglaubigungen und Änderung der Grundbuchverordnung; Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens
- Änderung der Pelzdeklarationsverordnung
- Brexit: Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Rechte der Bürgerinnen und Bürger infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens
- Übernahme und Umsetzung der Rechtsgrundlagen zur Nutzung des Schengener Informationssystems (SIS) (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands); und Änderung des BGIAA zur Registrierung der Landesverweisung im ZEMIS sowie zur Verbesserung der Statistik über Rückkehrentscheide

- Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2018/1240 über die Einrichtung eines Europäischen Reiseinformations- und -genehmigungssystems (ETIAS) (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands) und Änderung des Ausländer- und Integrationsgesetzes (AIG)
- Revision des Bundesgesetzes über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung.
- Verordnungspaket Umwelt Frühling 2020
- Änderung des Bundesgesetzes und der Verordnung über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen
- Änderung des Bankengesetzes
- Revision der Energieeffizienzverordnung (EnEV), der Energieförderungsverordnung (EnFV) und der Energieverordnung (EnV)
- 13.468 n Pa.Iv. Fraktion GL. Ehe für alle
- Bundesgesetzes über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele (JSFVG)
- Teilrevision der Verordnung über die Reduktion der CO₂-Emissionen (CO₂-Verordnung) aufgrund der Verknüpfung der Emissionshandelssysteme der Schweiz und der EU
- Totalrevision der Verordnung über das Programm Agglomerationsverkehr
- Bundesgesetz über den unterirdischen Gütertransport. (Cargo sous terrain CST)
- 04.07.2019
- Bundesgesetz über den Systemwechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung
- Änderung der Eigenmittelverordnung (Besonders liquide und gut kapitalisierte Institute, Hypotheken für Wohnrenditeliegenschaften, TBTF – Parent Banken)
- STAF: Verordnung über den steuerlichen Abzug auf Eigenfinanzierung juristischer Personen und Verordnungen über die Anrechnung ausländischer Quellensteuern
- Änderung des Zivilgesetzbuchs (Unternehmensnachfolge)
- Änderung der Verordnung über die Pflichtlagerhaltung von Nahrungs- und Futtermitteln.
- Bundesgesetz über die pauschale Vergütung der Mehrwertsteuer auf den Empfangsgebühren für Radio und Fernsehen.
- 19.401 Parlamentarische Initiative. Für eine Stärkung der Pflege – für mehr Patientensicherheit und mehr Pflegequalität
- Reform des regionalen Personenverkehrs (2 Varianten)
- Ordnungsänderungen zur Umsetzung der Änderung vom 14. Dezember 2018 des Ausländer- und Integrationsgesetzes (Verfahrensnormen und Informationssysteme): Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens
- Neue Verordnung zum Finanzmarktaufsichtsgesetz
- Internationale Zusammenarbeit 2021-2024
- 19.400 s Pa.Iv. Mehr Transparenz in der Politikfinanzierung – Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

- Änderung des Umweltschutzgesetzes (USG) zur Umsetzung der «Strategie der Schweiz zu invasiven gebietsfremden Arten»
- Totalrevision der Medizinprodukteverordnung und Verordnung über klinische Versuche mit Medizinprodukten (neue Medizinprodukte-Regulierung)
- Totalrevision der Verordnung über die Sicherstellung der Trinkwasserversorgung in Notlagen (VTN)
- Brexit: Handelsabkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich
- Die SVP lehnt das Landschaftskonzept Schweiz und den dazugehörigen Massnahmenplan ab.
- Änderung der Verordnung vom 15. Januar 1971 über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELV)
- Genehmigung und Umsetzung der Genfer Akte des Lissabonner Abkommens über die Ursprungsbezeichnungen und geografischen Angaben (Änderung des Markenschutzgesetzes)
- Bundesgesetz über Überbrückungsleistung für ältere Arbeitslose
- Teilrevision der Verordnung über die Gebühren und Entschädigungen für die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs
- Bericht über Vision, Strategie und Konzept zum Leitungskataster Schweiz (Bericht Leitungskataster Schweiz)
- Änderung des Betäubungsmittelgesetzes «Cannabisarzneimittel»
- Änderung der Verordnung über die Krankenversicherung (KVV; SR 832.102) und der Krankenpflege-Leistungsverordnung (KLV; SR 832.112.31); Neuregelung der psychologischen Psychotherapie im Rahmen der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP)
- Teilrevision SpoFöV, VSpoFöP, J+S-V-BASPO und IBSV
- Verlängerung und Änderung der Verordnung über den Normalarbeitsvertrag für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Hauswirtschaft
- Änderung des Kollektivanlagengesetzes (Limited Qualified Investor Fund; L-QIF)
- Bundesgesetz über elektronische Verfahren im Steuerbereich
- Änderung der Verordnung des EFD über den Abzug der Berufskosten unselbständig Erwerbstätiger bei der direkten Bundessteuer (Umsetzung der Motion 17.3631 KVF-S)
- Verordnung über die Organisation der Bahninfrastruktur OBI
- Änderung des Bundesgesetzes über die Durchsetzung von internationalen Sanktionen (Embargogesetz, EmbG)
- Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Zulassung zum Arbeitsmarkt für eine befristete Übergangszeit infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens
- Änderung des DNA-Profil-Gesetzes (Umsetzung der Motion 15.4150 Vitali „Kein Täterschutz für Mörder und Vergewaltiger“ und des Postulats 16.3003 der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates „Prüfung der Aufbewahrungsfristen für DNA-Profile“)

- Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021-2024
- Änderung des Gesetzes über den Verkehr mit Tieren und Pflanzen geschützter Arten
- Änderung des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration (AIG): Einschränkungen für Reisen ins Ausland und Anpassungen des Status der vorläufigen Aufnahme
- Bundesgesetz über das nationale System zur Abfrage von Adressen natürlicher Personen (Adressdienstgesetz, ADG)
- a.l.v. 17.412 / Chancengerechtigkeit vor dem Kindergartenalter
- Totalrevision der Verordnung über den Tabakpräventionsfonds (TPFV)
- Eidgenössische Volksinitiative «Organspende fördern – Leben retten» und indirekter Gegenvorschlag (Änderung des Transplantationsgesetzes)
- Bundesgesetz über administrative Erleichterungen und die Entlastung des Bundeshaushalts
- 16.419 n Pa.l.v. Humbel. Wettbewerbspreise bei Medizinalprodukten der Mittel- und Gegenständeliste
- Verordnung über die Auskunft zu Massnahmen des Erwachsenenschutzes
- Verordnung über die Vermögensverwaltung im Rahmen einer Beistandschaft oder Vormundschaft (VBVV)
- Änderung des Bundesgesetzes über die Förderung der Forschung und der Innovation FIFG

Die einzelnen Vernehmlassungen sind auf der Webseite der SVP Schweiz (unter Partei>Positionen>[Vernehmlassungen](#)) abrufbar.

2.3 Communiqués, Newsletter, Parteizeitung, Medienkonferenzen, Extrablätter

2019 hat die SVP Schweiz insgesamt 100 **Pressecommuniqués** veröffentlicht. Es sind 35 Editorials zu einem aktuellen Thema publiziert worden. Die Parteizeitschrift „**Klartext**“ und die französische Version „**Franc-parler**“ sind 10-mal erschienen. Die Auflage hat Ende 2018 gegen **55'000 Exemplare in Deutsch** und **5'500 in Französisch** tendiert.

Im Jahr 2019 hat die SVP **7 Medienkonferenzen** durchgeführt:

- | | |
|------------------------|---|
| 10. Januar 2019 | Neues Parteiprogramm der SVP: Frei und sicher für unsere Schweiz |
| 17. Januar 2019 | Mehr Sicherheit – die SVP fordert härtere Strafen |
| 22. Januar 2019 | Existenzsicherung für die Bauernfamilien |
| 3. Mai 2019 | Stopp den Staus und Schikanen: Verkehrsprobleme sind hausgemacht und inakzeptabel |
| 25. Juni 2019 | Stopp dem links-grünen Raubzug auf den Mittelstand |
| 13. August 2019 | Kriminalität und Gewalt, insbesondere gegen Frauen, hat einen Namen: Nichtintegrierte |
| 1. Oktober 2019 | Schweizer Arbeitsplätze in Gefahr – wie Linke und Nette die |

Schweiz kaputt machen

Darüber hinaus hat die SVP im Jahr 2019 **zwei Extrablätter** unter dem Titel «Vernunft statt Ideologie» und «Für eine freie und sichere Schweiz» an alle Schweizer Haushalte herausgegeben.

Details zu den einzelnen Medienkonferenzen und Medienmitteilungen sind auf der Webseite der SVP Schweiz (unter Partei > [Publikationen](#)) abrufbar.

2.4 Internet

Bis zum 31.12.2019 wurden 486'671 Besuche (1'538'602 Seitenaufrufe) auf <https://www.svp.ch>, 135'681 Besuche (351'951 Seitenaufrufe) auf <https://www.udc.ch> und 10'765 Besuche (29'176 Seitenaufrufe) auf <https://it.udc.ch> registriert. Das sind durchschnittlich pro Tag 1'333 Besuche auf www.svp.ch, 371 auf www.udc.ch und 29 auf it.udc.ch.

2019 produzierte die SVP 63 Internet-TV-Beiträge in deutscher Sprache und 24 in französischer Sprache. Die Internet-TV-Beiträge verzeichnen insgesamt 292'614 Aufrufe deutsch und 11'280 Aufrufe Französisch. Der YouTube-Kanal hat 2956 Abonnenten deutsch und 153 Abonnenten Französisch.

Die SVP betreibt die Facebook-Seiten «SVP Schweiz», «UDC Suisse» und weitere spezifische Kampagnen-Seiten. Über diese Kanäle kommuniziert die SVP regelmässig über Aktualitäten und mobilisiert Mitglieder und Sympathisanten. Am 31.12.2019 zählte die Seite «SVP Schweiz» 24'641 Unterstützer. Die französischsprachige Facebook-Seite «UDC Suisse» zählte 10'084. An diversen Spitzentagen hat die SVP mit diesen Seiten zwischen 28'000 und 83'000 Personen erreicht und über den gesamten Zeitraum 406'000 Video-Aufrufe generiert.

3. PARTEIORGANE

3.1 Delegiertenversammlung

Die Delegiertenversammlung (DV) der SVP Schweiz besteht aus rund 841 Delegierten und ist das oberste Organ der Partei. Im Jahr 2019 haben 4 Delegiertenversammlungen und ein Parteifest/Wahlauftakt stattgefunden:

Delegiertenversammlung, Samstag, 26. Januar 2019, in Gossau (SG)
«Parteiprogramm 2019-2023: Für eine freie und sichere Schweiz»

Delegiertenversammlung, Samstag 30. März 2019, in Amriswil (TG)
«Das institutionelle Rahmenabkommen zerstört die Schweiz»

Delegiertenversammlung, Samstag 29. Juni 2019, in Orbe (VD)
«Verantwortungslose Linke verknechten den Mittelstand»

Parteifest und Wahlauftakt, Samstag 31. August 2019, in Sattel (SZ)
«Wahlauftakt und Wahlversprechen der SVP: Für eine freie und sichere Schweiz!»

Delegiertenversammlung, Samstag 2. November 2019, in Niederglatt (ZH)
«Eigenverantwortung statt Staat stärken»

Weitere Details zu den einzelnen Delegiertenversammlungen sind auf der Webseite der SVP Schweiz (unter Partei>Publikationen>[Delegiertenversammlungen](#)) abrufbar.

3.2 Parteivorstand

Der Parteivorstand (PV) setzt sich aus 128 Mitgliedern zusammen.

Vertreter **von Amtes wegen** gemäss Statuten Art. 18 Ziff 1 Abs. 1. und 2.:

(Stand: 31.12.2019)

Von Amtes wegen: Mitglieder der Parteileitung	
Parteipräsident	Nationalrat Albert Rösti (BE)
Vizepräsidentin	Nationalrätin Céline Amaudruz (GE)
Vizepräsidentin	Nationalrätin Magdalena Martullo (GR)
Vizepräsident	Nationalrat Marco Chiesa (TI)
Mitglied	Nationalrat Adrian Amstutz (BE)
Mitglied	Nationalrat Marcel Dettling (SZ)
Mitglied	Nationalrat Thomas Matter (ZH)
Mitglied	Nationalrätin Sandra Sollberger (BL)
Die Vertreter der SVP im Bundesrat	Bundesrat Ueli Maurer (ZH)
	Bundesrat Guy Parmelin (VD)
Der Fraktionspräsident	Nationalrat Thomas Aeschi (ZG)
Der Generalsekretär	Emanuel Waeber (FR)
Die Vertreter der 6 absolut stärksten Kantonalparteien	Patrick Walder (ZH)
	Nationalrat Werner Salzmann (BE)
	Nationalrat Thomas Burgherr (AG)
	Walter Gartmann (SG)
	Angela Lüthold (LU)
	Kevin Grangier (VD)
Präsident der JSVP Schweiz	Benjamin Fischer (ZH)
Präsidentin der SVP International	Inge Schütz (BE)
Wahl durch den Parteivorstand:	
Je ein Vertreter der französischsprachigen, italienischsprachigen sowie der romanischsprachigen Schweiz	Didier Spies (JU)
	Piero Marchesi (TI)
	Reto Rauch (GR)
Der Verantwortliche Sicherheitspolitik	Nationalrat David Zuberbühler (AR)
Der Verantwortliche Europapolitik	Nationalrat Roger Köppel (ZH)
Der Verantwortliche Migrations- und Asylpolitik	Nationalrat Andreas Glarner (AG)
Die Verantwortliche Wirtschaftspolitik	Nationalrätin Magdalena Martullo (ZH)
Der Verantwortliche Finanz- und Steuerpolitik	Nationalrat Franz Grüter (LU)
Die Verantwortliche Familien- und Gesellschaftspolitik	Nationalrätin Nadja Pieren (BE)

Präsidenten der Kantonalparteien:	
AG	Nationalrat Thomas Burgherr
AI	Martin Ebnetter
AR	Anick Volger
BE	Nationalrat Werner Salzmänn
BL	Dominik Straumann
BS	Eduard Rutschmann
FR	Christophe Blaumann
GE	Nationalrätin Céline Amaudruz
GL	Kaspar Krieg
GR	Heinz Brand
JU	Thomas Stettler
LU	Angela Lüthold
NE	Walter Willener
NW	Christoph Keller
OW	Monika Rüeegg
SG	Walter Gartmann
SH	Walter Hotz
SO	Nationalrat Christian Imark
SZ	Roland Lutz
TG	Ruedi Zbinden
TI	Piero Marchesi
UR	Christian Arnold-Fässler
VD	Kevin Grangier
VS (UVS)	Cyrille Fauchère
VS (OVS)	Nationalrat Franz Ruppen
ZG	Nationalrat Thomas Aeschi
ZH	Patrick Walder
JSVP	Benjamin Fischer
SVP International	Inge Schütz

Weitere, von den Kantonalparteien delegierte Mitglieder:	
AG	Roger Fricker Pascal Furer Michelle Rütli Luzi Stamm Martin Keller
AI	Alfred Langenegger

AR	Michael Vierbauch
BE	Andrea Gschwend-Pieren Jolanda Brunner Aliko M. Panayides Samuel Krähenbühl Reto Jakob Miriam Gurtner Helena Morgenthaler
BL	Nationalrat Thomas de Courten Vakant
BS	Pascal Messerli
FR	Liliane Marchon Vakant
GE	Philippe Queffelec Michael Andersen
GL	Vakant
GR	Jan Koch Mario Cortesi
JU	Marc Stettler
LU	Räto B. Camenisch Vroni Thalmann Oliver Imfeld
NE	Anne-Marie Ridout
NW	Peter Wyss Regierungsrat Res Schmid
OW	Christoph von Rotz
SG	Nationalrat Roland Rino Büchel Nationalrätin Esther Friedli Werner Heule Paul Scheiwiller
SH	Daniel Preisig Mariano Fioretti
SO	Christine Rütli Hans Rudolf Lutz
SZ	Nationalrat Pirmin Schwander Bernhard Diethelm
TG	Marcel Schenker Margrit Streckeisen
TI	Lara Filippini Roberta Soldati
UR	Paul Dubacher
VD	Nationalrat Michaël Buffat Thierry Dubois Werner Riesen
VS (UVS)	Ilan Garcia Nationalrat Jean-Luc Addor
VS (OVS)	Fredy Ursprung Sandro Fux

ZG	Philip C. Brunner Karl Nussbaumer
ZH	Martin Haab Roger Liebi Elisabeth Pflugshaupt Nationalrat Gregor A. Rutz Jürg Trachsel Martin Suter Nationalrat Hans-Ueli Vogt
JSVP	Oliver Straub (TG) Andreas Gerber (BE)
SVP International	John McGough

Vertreter **durch Wahl** gemäss Statuten Art. 18 Ziff. 1 Abs. 2:
(höchstens 15 weitere Mitglieder)

Frei gewählte Mitglieder:	
AG	Nationalrätin Sylvia Flückiger
BE	a. NR Thomas Fuchs
FR	Nationalrat Jean-François Rime
GR	Valérie Favre Accola
NW	Michèle Blöchliger Nationalrat Peter Keller
TG	Nationalrätin Verena Herzog-Schläpfer
TI	Eros Mellini
VD	Gérald Nicod
VS	alt Regierungsrat Oskar Freysinger
ZH	alt Nationalrat Christoph Mörgeli alt Nationalrat Ulrich Schluer Nationalrat Hans Egloff alt Bundesrat Christoph Blocher

3.3 Parteileitung

Die Parteileitung (PL) setzt sich aus 29 Personen zusammen, die von Amtes wegen oder durch Wahl Mitglied sind. Die PL führt die laufenden Geschäfte der Partei, pflegt Kontakte zu den Kantonalparteien und sorgt für die Berücksichtigung deren Anliegen. Als Schlichtungsstelle untersucht und entscheidet die PL auf Begehren von Einzelmitgliedern, Parteiorganen, Sektions-, Bezirks- oder Kantonalparteien bei Streitigkeiten.

(Stand 31.12.2019)

Von Amtes wegen:	
Parteipräsident	Nationalrat Albert Rösti (BE)
Vizepräsidentin	Nationalrätin Céline Amaudruz (GE)
Vizepräsidentin	Nationalrätin Magdalena Martullo (GR)
Vizepräsident	Nationalrat Marco Chiesa (TI)
Mitglied	Nationalrat Adrian Amstutz (BE)
Mitglied	Nationalrat Marcel Dettling (SZ)
Mitglied	Nationalrat Thomas Matter (ZH)
Mitglied	Nationalrätin Sandra Sollberger (BL)
Die Vertreter der SVP im Bundesrat	Bundesrat Ueli Maurer (ZH) Bundesrat Guy Parmelin (VD)
Der Fraktionspräsident	Nationalrat Thomas Aeschi (ZG)
Der Generalsekretär	Emanuel Waeber (FR)
Die Vertreter der 6 absolut stärksten Kantonalparteien	Patrick Walder (ZH)
	Nationalrat Werner Salzman (BE)
	Nationalrat Thomas Burgherr (AG)
	Walter Gartmann (SG)
	Angela Lüthold (LU)
	Kevin Grangier (VD)
Präsident der JSVP Schweiz	Benjamin Fischer (ZH)
Präsidentin der SVP International	Inge Schütz (BE)

Wahl durch den Parteivorstand:

Je ein Vertreter der französischsprachigen, italienischsprachigen sowie der romanischsprachigen Schweiz	Didier Spies (JU)
	Piero Marchesi (TI)
	Reto Rauch (GR)
Der Verantwortliche Sicherheitspolitik	Nationalrat David Zuberbühler (AR)
Der Verantwortliche Europapolitik	Nationalrat Roger Köppel (ZH)
Der Verantwortliche Migrations- und Asylpolitik	Nationalrat Andreas Glarner (AG)
Die Verantwortliche Wirtschaftspolitik	Nationalrätin Magdalena Martullo (ZH)
Der Verantwortliche Finanz- und Steuerpolitik	Nationalrat Franz Grüter (LU)
Die Verantwortliche Familien- und Gesellschaftspolitik	Nationalrätin Nadja Pieren (BE)

3.4 Parteileitungsausschuss

Die Parteileitungsausschuss setzt sich aus 9 Mitgliedern zusammen.

(Stand: 31.12.2019)

Funktion	Name
Präsident der SVP Schweiz	Nationalrat Albert Rösti (BE)
Vizepräsidentin	Nationalrätin Céline Amaudruz (GE)
Vizepräsidentin	Nationalrätin Magdalena Martullo (GR)
Vizepräsident	Nationalrat Marco Chiesa (TI)
Mitglied	Nationalrat Adrian Amstutz (BE)
Mitglied	Nationalrat Marcel Dettling
Mitglied	Nationalrätin Sandra Sollberger
Mitglied	Nationalrat Thomas Matter (ZH)
Fraktionspräsident (v. A. w.)	Nationalrat Thomas Aeschi (ZG)

3.5 Generalsekretariat

Das Generalsekretariat ist die administrative Zentrale der Partei. Bei Abschluss des Berichtsjahres arbeiten folgende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf dem Generalsekretariat:

(Stand: 31.12.2019)

Funktion	Mitarbeiter / Mitarbeiterin
Generalsekretär	Emanuel Waeber, St. Antoni (FR)
Stv. Generalsekretärin	Silvia Bär, Wiler (BE)
Fraktionssekretär	Andreas Ott, Stettlen (BE)
Leiterin Kommunikation	Andrea Sommer, Solothurn (SO)
Kommunikation	Oliver Rumo, St. Silvester (FR)
Kommunikation	Ivo Scholz, Islikon (TG)
Kommunikation / Wissenschaftlicher Mitarbeiter	Benjamin Schmid, Bern (BE)
Verantwortliche Deutschschweizer Kantone	Trudi Mösching, Uetendorf (BE)
Verantwortlicher Suisse romande / Svizzera italiana	Michaël Darcey, Orvin (NE)
Wissenschaftlicher Mitarbeiter	Roman Jäggi, Fülenbach (SO)
Wissenschaftlicher Mitarbeiter	Henri Bernhard, Tägertschi (BE)
Wissenschaftlicher Mitarbeiter	Raphael Vogel, Köniz (BE)
Wissenschaftlicher Mitarbeiter	Fritz Kälin, Bern (BE)
Sekretariat/Fraktionsassistentin	Jeannette Saurer, Hünibach (BE)
Sekretariat/Personal/Innere Dienste	Sonja Zumbrunnen, Trimstein (BE)
Assistentin des Parteipräsidenten	Prisca Weber, Uetendorf (BE)

3.6 Fraktion der Bundesversammlung

Die Mitglieder des National- und Ständerates, die auf den Listen der SVP-Kantonalparteien gewählt werden, schliessen sich zu einer selbstständigen Fraktion zusammen. Die Fraktion bezweckt die Verfechtung der politischen Ziele der SVP Schweiz innerhalb und ausserhalb der eidgenössischen Räte.

Bundesrat:

- **Ueli Maurer**, Vorsteher EFD, Hinwil (ZH); gewählt am 10.12.2008; im Amt seit 1.1.2009
- **Guy Parmelin**, Vorsteher WBF, Bursins (VD); gewählt am 9.12.2015, im Amt seit 1.1.2016

Fraktion der Schweizerischen Volkspartei:

Mit 55 Nationalräten (53 SVP, 1 Lega, 1 EDU) und 7 Ständeräten (6 SVP, 1 parteilos) stellt die SVP die grösste Fraktion im eidgenössischen Parlament.

Nationalrätinnen und Nationalräte (Stand: 31.12.2019)

AG	Bircher Martina, Aarburg Burgherr Thomas, Wilberg Gallati Jean-Pierre, Wohlen Giezendanner Benjamin, Rothrist Glarner Andreas, Oberwil-Lieli Heimgartner Stefanie, Baden
AR	Zuberbühler David, Herisau
BE	Aebi Andreas, Alchenstorf Geissbühler Andrea, Bärswil Guggisberg Lars, Kirchlindach Hess Erich, Bern Pieren Nadja, Burgdorf Rösti Albert, Uetendorf von Siebenthal Erich, Gstaad
BL	De Courten Thomas, Rünenberg Sollberger Sandra, Bubendorf
FR	Page Pierre-André, Châtonnaye
GE	Amaudruz Céline, Genf Nidegger Yves, Genf
GR	Martullo-Blocher Magdalena, Meilen / Lenzerheide
LU	Estermann Yvette, Kriens Grüter Franz, Eich
NW	Keller Peter, Hergiswil
OW	Rüegger Monika, Engelberg
SG	Büchel Roland, Oberriet Egger Mike, Berneck Friedli Esther, Ebnet-Kappel Reimann Lukas, Wil
SH	Hurter Thomas, Schaffhausen
SO	Imark Christian, Fehren

	Wobmann Walter, Gretzenbach
SZ	Dettling Marcel, Oberiberg Schwander Pirmin, Lachen
TG	Gutjahr Diana, Amriswil Herzog Verena, Frauenfeld Strupler Manuel, Weinfelden
TI	Marchesi Piero, Molinazzo di Monteggio
VD	Buffat Michaël, Vuarrens Grin Jean-Pierre, Pomy Nicolet Jaques, Lignerolle
VS	Addor Jean-Luc, Savièse Ruppen Franz, Naters
ZG	Aeschi Thomas, Baar
ZH	Haab Martin, Mettmenstetten Heer Alfred, Zürich Köppel Roger, Küsnacht Matter Thomas, Zürich Rutz Gregor, Zürich Schläpfer Therese, Hagenbuch Steinemann Barbara, Watt Tuena Mauro, Zürich Vogt Hans-Ueli, Zürich Walliser Bruno, Volketswil

Lega dei Ticinesi:

TI	Quadri Lorenzo, Lugano
----	------------------------

EDU:

BE	Gafner Andreas, Oberwil im Simmental
----	--------------------------------------

Ständeräte (Stand: 31.12.2017)

AG	Knecht Hansjörg, Leibstadt
BE	Salzmann Werner, Mülchi
SH	Germann Hannes, Opfertshofen
SZ	Kuprecht Alex, Pfäffikon
TG	Stark Jakob, Buhwil
TI	Chiesa Marco, Lugano (Ruvigliana)

Parteilos:

SH	Minder Thomas, Neuhausen am Rheinfall
----	---------------------------------------

4. EIDGENÖSSISCHE VOLKSABSTIMMUNGEN 2019

Volksabstimmung vom 10. Februar	Parole SVP	Parole FDP	Parole CVP	Parole SP	Volk Ja in %	Volk Nein in %	Stände Ja	Stände Nein	Resultat
Volksinitiative «Zersiedelung stoppen - für eine nachhaltige Siedlungsent- wicklung (Zersiedelungsinitiative)»	Nein	Nein	Nein	Ja	36.3	63.7	0	23	Abgelehnt

Volksabstimmung vom 19. Mai	Parole SVP	Parole FDP	Parole CVP	Parole SP	Volk Ja in %	Volk Nein in %	Stände Ja	Stände Nein	Resultat
Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF)	Stimm- freigabe	Ja	Ja	Ja	66.4	33.6	-	-	Angenommen
Bundesbeschluss über die Änderung der EU-Waffenrichtlinie (Weiterent- wicklung des Schengen-Besitzstands)	Nein	Ja	Ja	Ja	63.7	36.3	-	-	Angenommen

5. EIDGENÖSSISCHE WAHLEN 2019

Für eine genauere Betrachtung der Eidg. Wahlen 2019 ist die Wahlanalyse zu beachten.

Nationalratswahlen 2015 und 2019: Stärke der Parteien nach Kanton												
	FDP			CVP			SP			SVP		
	2015	2019	+/-	2015	2019	+/-	2015	2019	+/-	2015	2019	+/-
CH	16.4	15.1	-1.3	11.6	11.4	-0.2	18.8	16.8	-2.0	29.4	25.6	-3.8
ZH	15.3	13.7	-1.6	4.2	4.4	0.2	21.4	17.3	-4.1	30.7	26.7	-4.0
BE	9.3	8.4	-0.9	1.8	1.9	0.1	19.7	16.8	-2.9	33.1	30.0	-3.1
LU	18.5	15.6	-2.9	23.9	25.5	1.6	13.6	13.5	-0.1	28.5	24.7	-3.8
UR	-	-		26.8	39.2	12.4		22.3	22.3	44.1	36.3	-7.8
SZ	20.6	23.1	2.5	19.5	18.4	-1.1	13.1	13.8	0.7	42.6	36.9	-5.7
OW		11.6	11.6		36.7	36.7		2.9	2.9	34.5	37.3	2.8
NW			-		35.8	35.8			-	82.8	64.2	-18.6
GL			-			-	45.0	28.2	-16.8	-	-	
ZG	17.6	14.7	-2.9	26.4	23.8	-2.6	13.8	9.3	-4.5	30.5	26.6	-3.9
FR	14.2	15.4	1.2	22.7	17.8	-4.9	24.2	21.2	-3.0	25.9	20.2	-5.7
SO	21.2	18.5	-2.7	14.8	14.2	-0.6	20.0	18.4	-1.6	28.8	25.9	-2.9
BS	9.8	6.0	-3.8	6.4	4.6	-1.8	33.3	32.6	-0.7	17.6	12.4	-5.2
BL	15.8	16.5	0.7	9.1	8.5	-0.6	22.2	21.8	-0.4	29.8	25.1	-4.7
SH	12.9	11.0	-1.9	0	2.1	2.1	28.8	26.2	-2.6	45.3	39.5	-5.8
AR	33.6	48.4	14.8			-	28.6	-		36.1	49.5	13.4
AI			-	76.3	61.3	-15.0	18.1	8.7	-9.4	-	29.1	
SG	14.3	15.0	0.7	16.6	18.8	2.2	14.2	12.7	-1.5	35.8	31.3	-4.5
GR	13.3	13.6	0.3	16.8	16.3	-0.5	17.6	17.1	-0.5	29.7	29.9	0.2
AG	15.1	13.6	-1.5	8.6	9.9	1.3	16.1	16.5	0.4	38.0	31.5	-6.5
TG	13.0	11.5	-1.5	13.1	12.7	-0.4	12.7	12.6	-0.1	39.9	36.7	-3.2
TI	23.7	20.5	-3.2	20.1	18.2	-1.9	15.9	14.1	-1.8	11.3	11.7	0.4
VD	26.8	23.3	-3.5	4.1	2.4	-1.7	22.2	20.4	-1.8	22.6	17.4	-5.2
VS	18.1	16.5	-1.6	39.8	34.8	-5.0	13.3	15.1	1.8	22.1	19.8	-2.3
NE	24.4	22.3	-2.1	3.6	4.2	0.6	23.7	16.6	-7.1	20.4	12.7	-7.7
GE	20.5	17.9	-2.6	12.1	7.7	-4.4	19.9	14.7	-5.2	17.6	13.7	-3.9
JU	16.8	9.1	-7.7	27.6	22.8	-4.8	23.7	27.0	3.3	12.8	14.5	1.7

¹⁾ Die SVP verliert in allen Kantonen ausser GR, TI, OW und JU, AR massiv an Wähleranteilen, im Durchschnitt -3.8%, teilweise aber über 7 %, insbesondere auch in der Westschweiz auf bereits tieferem Niveau. Die Majorz Kantone UR, NW, OW, AR, AI, GL sind individuell zu beurteilen

5. DIE SVP IN DEN KANTONSPARLAMENTEN

Stand am Wahltag. Wahlen berücksichtigt bis 31.12.2019

Kanton	Wahljahr	SVP-Wähleranteil bei den kantonalen Wahlen	SVP-Sitze im Kantonsparlament	Total Sitze im Kantonsparlament
AG	2016	31.9%	45	140
AI	Jährlich / 2019	*	*	50
AR	2019	12.2%	7	65
BE	2018	26.8%	46	160
BL	2019	22.7%	21	90
BS	2016	14.3%	15	100
FR	2016	19.7%	21	110
GE	2018	7.3%	8	100
GL	2018	25.3%	15	60
GR	2018	*	9	120
JU	2019	12.9%	8	60
LU	2019	19.6%	22	120
NE	2017	11.5%	9	115
NW	2018	25.9%	15	60
OW	2018	24.5%	15	55
SH	2016	35.1%	21	60
SO	2017	19.7%	18	100
SG	2016	29.5%	40	120
SZ	2016	33.1%	33	100
TG	2016	32.6%	44	130
TI	2019	6.1%	6	90
UR	2016	24.1%	15	64
VD	2017	15.8%	25	150
VS	2017	16.4%	23	130
ZG	2018	22.4%	18	80
ZH	2019	24.5%	45	180

*keine Angaben, da Kreiswahlen oder Majorzwahlsystem

6. DIE SVP-KANTONALSEKTIONEN ONLINE

Kanton	Website	E-Mail Adresse
SVP Schweiz	www.svp.ch	gs@svp.ch
AG	www.svp-ag.ch	info@svp-ag.ch
AI	www.svp-ai.ch	info@svp-ai.ch
AR	www.svp-ar.ch	sekretariat@svp-ar.ch
BE	www.svp-bern.ch	sekretariat@svp-bern.ch
BL	www.svp-bl.ch	info@svp-bl.ch
BS	www.svp-basel.ch	info@svp-basel.ch
FR	www.udc-fr.ch	info@udc-fr.ch
GE	www.udc-ge.ch	secretariat@udc-ge.ch
GL	www.svp-gl.ch	praesident@svp-gl.ch
GR	www.svp-gr.ch	sekretariat@svp-gr.ch
JU	www.udc-ju.ch	secretaire@udc-ju.ch
LU	www.svp-lu.ch	sekretariat@svp-lu.ch
NE	www.udc-ne.ch	secretariat@udc-ne.ch
NW	www.svp-nw.ch	info@svp-nw.ch
OW	www.svp-ow.ch	info@svp-ow.ch
SH	www.svp-sh.ch	info@svp-sh.ch
SG	www.svp-sg.ch	sekretariat@svp-sg.ch
SO	www.svp-so.ch	info@svp-so.ch
SZ	www.svp-sz.ch	sekretariat@svp-sz.ch
TG	www.svp-thurgau.ch	sekretariat@svp-thurgau.ch
TI	www.udc-ti.ch	info@udc-ti.ch
UR	www.svpuri.ch	sekretariat@svpuri.ch
VD	www.udc-vaud.ch	secretariat@udc-vaud.ch
Oberwallis	www.svpo.ch	info@svpo.ch
Unterwallis	www.udc-valais.ch	internet@udc-valais.ch
ZG	www.svp-zug.ch	sekretariat@svp-zug.ch
ZH	www.svp-zuerich.ch	sekretariat@svp-zuerich.ch